

Wortprotokoll
der
19. Sitzung
des Ausschusses für Kultur und Medien

am Mittwoch, dem 27. Oktober 1999,
Beginn 14.00 Uhr,
Berlin, Reichstagsgebäude, Sitzungssaal 3 S 001

Vorsitz: Abg. Dr. Elke Leonhard (SPD)

Einzigster Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Anhörung zum Thema
"Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG)"

Vorsitzende Dr. Elke Leonhard: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie im Sitzungssaal der SPD-Fraktion und eröffne die 19. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien als öffentliche Sitzung. Einziger Tagesordnungspunkt ist die öffentliche Anhörung zu dem Thema „Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz“. Im Anschluss an diese öffentliche Sitzung wird die nichtöffentliche 20. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien ebenfalls hier in diesem Raum stattfinden.

Ich komme meiner Aufgabe nach und stelle zunächst die Beschlussfähigkeit fest. Gibt es dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall.

Die Tagesordnung ist Ihnen per Telefax am 19. Oktober 1999 zugegangen. Gibt es Änderungsvorschläge oder Ergänzungsvorschläge? Dies ist ebenfalls nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, in seiner 17. Sitzung am 29. September 1999 hat der Ausschuss für Kultur und Medien beschlossen, eine öffentliche Anhörung zur „Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz“ durchzuführen. Ich unterstreiche an dieser Stelle, dass die Entscheidung für eine Anhörung einvernehmlich fiel, d.h. konkret nicht auf Drängen oder Antrag nur einer Fraktion. Einvernehmen bestand außerdem darüber, den Kreis der Sachverständigen übersichtlich zu halten und die Fragen auf die zentralen Themen zu konzentrieren.

Ich darf die Sachverständigen nun begrüßen, die vom Ausschuss ebenfalls einvernehmlich benannt wurden.

Zunächst möchte ich den Geschäftsführer des Adalbert-Stifter-Vereins, Herrn Dr. Peter Becher, begrüßen. Dann begrüße ich ferner die Generalsekretärin des Bundes der Vertriebenen, Frau Michaela Hriberski, den Geschäftsführer der Deutschen Jugend in Europa, Herr Rudolf Klarer, Herrn Prof. Dr. Dieter Kramer vom Museum für Völkerkunde in Frankfurt/Main und Herrn Prof. Dr. Hubert Ortowski von der Universität Posen. Außerdem begrüße ich den Geschäftsführer des Deutsch-

Polnischen Hauses in Gliwice/Polen, Herrn Thäddäus Schäpe, und dann Herrn Prof. Dr. Karl Schlögel von der Universität Frankfurt/Oder.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Sachverständigen, ich danke Ihnen im Namen des Ausschusses für die Bereitschaft, unsere Arbeit mit Ihren Beiträgen zu unterstützen. Mit der Einladung zur Anhörung wurde Ihnen der eben erwähnte Fragenkatalog zugeleitet, zu dem Sie schriftliche Statements abgegeben haben, die zwischenzeitlich auch an die Ausschussmitglieder weitergeleitet wurden und Ihnen außerdem als Tischvorlage vorliegen.

Für die Gäste, die ich ebenfalls herzlich begrüße, habe ich die Listen der Experten, den Fragenkatalog und die Statements auslegen lassen. An dieser Stelle begrüße ich auch den Staatsminister, Herrn Dr. Naumann, und den Abteilungsleiter, Herrn Dr. Nevermann.

Meine Damen und Herren, nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes haben der Bund und die Länder entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge und in dem des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten. Sie haben weiter die Aufgabe Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten, sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Bund und Länder haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklungen der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Dies ist im wesentlichen - das ist Ihnen allen bekannt - der Wortlaut des § 96 Bundesvertriebenengesetz.

In der Wahrnehmung der Öffentlichkeit - ich sage jetzt bewusst der Öffentlichkeit, das heißt nicht allein der wissenschaftlichen Öffentlichkeit - waren die im Rahmen des § 96 geförderten Aktivitäten - lassen Sie mich das salopp sagen - lange Zeit synonym für Blasmusik und Fahnen, Kreuzsticken und Trachten. Wer aber die Institute und die Arbeitsweise und -bereiche kennt, weiß: Dieser Einseitigkeit gilt es mit Entschiedenheit entgegenzutreten. In einem zusammenwachsenden Europa gewinnt die

Recherche der Kultur der Regionen – von der Hochkultur bis zur Alltagskultur – zunehmend an Bedeutung. In anderen Worten: Was einst für Großbritannien oder Frankreich galt, gilt jetzt für die Staaten Mittel- und Osteuropas. Es geht um gegenseitiges Kennenlernen. Und ich denke, hier können die Kinder und Enkel der Vertriebenen wichtige Mittler werden. Was stabilisiert mehr bzw. was könnte ein effektiverer Beitrag zu Völkerverständigung und Friedenssicherung sein als gemeinsame Kulturarbeit.

Lassen Sie mich einen weiteren Aspekt betonen: Der Wegfall der Blöcke - im übrigen auch in unserem Denken - ermöglicht es uns heute, die Geschichte ohne ideologische Scheuklappen zu betrachten. Über Unrecht und Vertreibung auf der Seite aller Beteiligten kann und muss endlich offen und auch vorurteilsfrei geredet werden. Und es ist erlaubt, über Gefühle zu sprechen und - ich unterstreiche das noch mal - die Trauer über den Verlust der Heimat zu artikulieren. Dies wird nicht nur der europäischen Integration förderlich sein, es setzt auch ein deutliches Zeichen. Aber ich möchte hier auf keinen Fall missverstanden werden, denn wichtig ist, dass Ursache und Wirkung nicht gemischt werden sollten. Es ist wichtig, dieses immer wieder zu unterstreichen.

Meine Damen und Herren, ich hätte es begrüßt, wenn der Dialog mit den Betroffenen bei Erstellung der vorliegenden Konzeption der Bundesregierung eine noch größere Rolle gespielt hätte. Man muss aber natürlich auch den Zeitfaktor sehen, unter dem gehandelt werden musste. Mit der heutigen Anhörung wollen wir den zwischen dem Kulturausschuss und den Institutionen begonnenen Diskurs weiter stabilisieren. Unsere Ziele sind sachgerechte Lösungen und intelligente Strategien. Kurz gesagt, es geht unter dem Vorzeichen notwendiger Einsparungen um intelligentes, Kreativität herausforderndes Sparen, das auch Perspektive gibt.

Die parlamentarische Kontrollpflicht macht unumgänglich, auf Versäumnisse hinzuweisen. Die Bundesregierung ist im Rahmen des § 96 verpflichtet, im Zwei-Jahres-Rhythmus über das von ihr Veranlasste zu berichten. Der letzte Bericht galt den Jahren 1995 und 1996. Die frühere Bundesregierung ist zu rügen, dass der Bericht für die Folgezeit nicht vorgelegt wurde. Die neue Regierung wird aufgefordert, der Pflicht nachzukommen und dem Deutschen Bundestag baldmöglichst den ent-

sprechenden Bericht vorzulegen. Konzeption und Bericht ist nicht unbedingt identisch.

Ferner gilt festzustellen, dass nach den tiefgreifenden weltpolitischen Veränderungen vor nunmehr einem Jahrzehnt bereits die Vorgängerregierung die Auswirkungen in einer Neukonzeption der Kulturarbeit hätte berücksichtigen müssen. Und auch dies ist zu unterstreichen. Es ist mehrfach angemahnt worden, aber nie geschehen. Eine Neukonzeption war auch nach dem Urteil derer überfällig, die die Kulturarbeit leisten.

Die grundlegenden politischen Veränderungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas und die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands konnten nicht ohne Einfluss auf die Ziele, Möglichkeiten, Inhalte und Instrumente der Kulturerhaltung, Kulturvermittlung und Forschung gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz bleiben. Es gilt jetzt, wie in allen anderen Bereichen, nicht hinter Mauern von Ministerien einsam zu entscheiden, sondern herauszugehen und mit den Menschen, mit den Betroffenen zu sprechen. Die heutige Anhörung ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Schritt in diese notwendige Richtung.

Und nun zum Verfahren: Es wäre gut, wenn Herr Staatsminister Dr. Naumann zunächst einige Worte zur Konzeption, die Ihnen allen vorliegt und die Sie gelesen haben werden, noch mal in einer Art Summary vorträgt. Im Anschluss werden die Sachverständigen in einem kurzen Statement von jeweils maximal fünf bis sieben Minuten ihre Position zu den aufgeworfenen Fragen darstellen. Es schließt sich an die Befragung dann eine Diskussion zu den einzelnen Themenkomplexen an. Soviel zunächst also zum Verfahren. Herr Staatsminister Dr. Naumann, Sie haben das Wort.

StMin Dr. Naumann: Ich übernehme das Wort sehr gerne, Frau Vorsitzende, ohne zu versäumen darauf hinzuweisen, dass selbstverständlich nichts einsam hinter den Mauern der Ministerien entschieden wird, sondern dass dieses einer der wahrscheinlich in diesem Zusammenhang offensten Entscheidungsprozesse überhaupt ist. Es ist selbstverständlich mit fast allen, auch denjenigen, die hier am Tisch sitzen, vor allem aber mit den Institutionen, im Verlaufe der Neukonzeptionierung gesprochen worden. Sie sehen aber an den Ihnen vorliegenden Dokumenten, dass es eine große

Fülle von Institutionen gibt, die ich persönlich zum Beispiel nicht einzeln besuchen konnte. Wenn wir zum Beispiel an das Museum in Ratingen zu Oberschlesien denken, hätte ich natürlich durch meinen Einzelbesuch prozentual vermerkbar die Besucherzahl per annum sofort hochgedrückt. Dort sind jährlich etwa 2600 bis 3000 Individualbesucher zu verzeichnen, einige kommen doppelt, so dass man vielleicht auf etwa 4000 kommt. Das ist für ein staatlich gefördertes Museum ein Negativrekord. Ich erwähne das nur, weil dieses eine besondere Rolle gespielt hat in der Berichterstattung. Prinzipiell bestehe ich auch nicht darauf, darauf hinzuweisen, dass § 96 des Vertriebenengesetzes an keiner einzigen Stelle die Landsmannschaften oder die Vertriebenenverbände erwähnt, sondern er erwähnt Vertriebene. Ebenfalls nicht im Gesetz vorgesehen ist - wie eben von der Vorsitzenden vorgetragen - die Übertragung der kulturellen Aufgaben auf die Enkel oder Söhne oder Dritt- oder Viertgenerationen der Vertriebenen, sondern selbstverständlich ist dies ein gesamtdeutscher Auftrag, der von meiner Behörde auch ernst genommen wird. Schließlich möchte ich darauf hinweisen, dass der finanzielle Aufwuchs in der Förderung entsprechend diesem Paragraphen zwischen 1983 von schätzungsweise 6 Mio. DM auf vorübergehend 55 Mio. DM und jetzt über 46 Mio. DM noch im letzten Haushaltsjahr sehr eklatant ist. Möglicherweise spiegelt dies wieder, dass in der Tat sich in Europa etwas verändert hat und die Aufgaben sich intensiviert haben, das heißt, die Aufgaben des Kulturaustausches, der Traditionspflege, der Geschichtspflege. Aber zweifellos ist dies ein dramatischer Aufwuchs, über den angesichts der Haushaltslage, mit der wir uns alle auseinandersetzen müssen, nachzudenken ist.

Ich möchte Ihnen hier jetzt nicht die Einzelheiten des Konzeptes noch einmal vorstellen, denn Sie sind ja selbstverständlich im Besitz der entsprechenden Papiere, und vor allem werden hier die einberufenen Sachverständigen sich dazu äußern. Getragen ist diese Veränderungskonzeption in erster Linie von unserer Überzeugung, dass die manigfachen Institutionen, die hier zur Debatte stehen und die von uns bzw. vom Steuerzahler gefördert werden, erstens gerade nicht verstaatlicht, sondern herausgelöst werden sollen aus klassischen politischen Interessenverbänden und möglichst so nahe wie möglich herangeführt werden sollen an universitäre Institutionen oder an Stiftungen, die fern von parteipolitischer und anderer Einflussnahme ihre Arbeit leisten. Der Sinn der Arbeit wird überhaupt nicht bestritten. Der Sinn der Arbeit besteht in allen Bereichen darin, die Verwurzelung in

der gemeinschaftlichen europäischen Kultur, der gemeinschaftlichen Geschichte, das heißt auch in der deutschen Kulturgeschichte in Osteuropa und selbstverständlich auch in dem Teil Polens, der sich zu Mitteleuropa zählt, manifest zu machen und aufzubewahren. Also es geht hier nicht darum, etwa die allgemein bekannte Leidensgeschichte der Vertreibung zu eskamotieren. Und in dem Zusammenhang möchte ich ebenfalls darauf hinweisen, dass jeder, der sich wie ich mit dieser Geschichte seit vielen Jahren/Jahrzehnten beschäftigt hat, gerade unserer Partei, der SPD nicht den geringsten Vorwurf machen kann. Ich empfehle, die entsprechenden Reden - übrigens oft genug gerade während der ostpolitischen Phase unter Gebrüll und Geschrei der Zuhörer - von Willy Brandt bei den entsprechenden landmannschaftlichen Treffen nachzulesen. Dort werden Sie sehen, dass das Anliegen der Vertriebenen niemals von der Sozialdemokratie unter den Scheuklappen der Geschichtsverdrängung behandelt worden ist. Das möchte ich nur deswegen sagen, weil ich hier an mehreren Stellen der Einwände gegen unser Konzept lesen darf, dass es sich um rücksichtslose Beschneidung handelt, um Liquidierungsversuche oder - wenn ich zitieren darf, Frau Abgeordnete Steinbach - den Versuch der Entmündigung der Vertreibungsoffer. Davon kann wirklich keine Rede sein. Sondern in Wirklichkeit geht es darum, die Arbeit, die auf diesem Feld geleistet wird, erstens zu verwissenschaftlichen, zweitens transparenter zu machen und drittens auch in den europäischen Nachbarstaaten - wie das ja zum Teil schon geschehen ist - stärker zu verankern, als das bisher der Fall ist. In einem Wort - ich will jetzt nicht noch einmal das komplette Konzeptionspapier Ihnen erläutern, sondern möchte durch diese Eingangsbemerkung nur eines feststellen: Hier ist nicht böser Wille am Werke, sondern im Gegenteil der Wille, etwas, was gewachsen ist, unter den Bedingungen des Haushaltes, aber auch unter den Bedingungen einer rationaleren Nutzung der vorhandenen Ressourcen, transparenter zu machen, zu verbessern und damit auch zukunftssicherer zu machen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Naumann, für Ihre Ausführungen. Bevor wir uns nun den Statements der geladenen Sachverständigen zuwenden, möchte ich die zahlreichen Experten hier unter den Zuhörern, um Verständnis dafür bitten, dass wir entsprechend der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages darauf verzichten müssen, auch mit Ihnen in ein Gespräch einzutreten. Nicht zuletzt die Kürze der Zeit, die uns zur Verfügung steht, erlaubt es eben nicht, über die Diskussion mit den ge-

ladenen Sachverständigen hinaus noch Wortmeldungen zuzulassen. Ich bitte Sie also um Verständnis und bitte jetzt Frau Hriberski um ihr Statement.

Frau Hriberski (Bund der Vertriebenen): Sehr verehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Damen und Herren, ich danke für die Gelegenheit, hier einige zusätzliche Ausführungen zu der abgegebenen schriftlichen Stellungnahme machen zu können. Zunächst einmal begrüße ich auch im Namen der Vertriebenenverbände, dass die Bundesregierung an der Verpflichtung des § 96 BVFG festhält. Dass sie daran festhält, ist auch wichtig, weil die Förderung des kulturellen und wissenschaftlichen Erbes der Heimatgebiete der Vertriebenen als Teil der deutschen und damit auch der europäischen Kultur eine Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung, aber auch von Dauer ist. Wir verbinden mit der Erörterung dieser Konzeption und der hoffentlich breit gefächerten Diskussion auch hier im Kulturausschuss aber auch die Hoffnung, dass die bisher bewährten Teile der Kulturarbeit nach § 96 BVFG nicht beseitigt werden. Ihre Äußerung, Herr Staatsminister, lassen allerdings deutlich werden, dass Sie wichtige Teile der Kulturarbeit aus den Vertriebenenverbänden herauslösen möchten, weil Sie sagen, Sie möchten sie nicht politischen oder politisch belasteten Interessenverbänden überlassen. Dieser Auffassung liegt, meine ich, die irriige Auffassung zugrunde, dass die Vertriebenenverbände oder die Mitglieder dieser Verbände die Kulturarbeit als Vehikel brauchen oder auch missbrauchen, um ihre politischen Vorstellungen zu vermitteln oder zu realisieren. Dem muss ich widersprechen. Natürlich sind die Vertriebenenverbände Interessenverbände. Ihre Interessen sind aber sehr vielfältiger Natur, sie reichen von der Vertretung sozialer Interessen für die Eingliederung der Vertriebenen und Aussiedler bis zur Kulturarbeit. Und wir täten den ehrenamtlichen Mitarbeitern unserer Verbände, die in tausenden von Maßnahmen Kulturarbeit leisten, Unrecht, wenn wir sie mit diesem Vorwurf konfrontieren würden. Wer wirklich an Maßnahmen der Vertriebenenverbände teilgenommen hat, wird verstehen und auch beurteilen können, dass unsere ehrenamtlichen Mitarbeiter aus Liebe zu der Kultur ihrer Heimatgebiete, aus Liebe zu ihrer Heimat wirklich ihr Bestes dafür tun, kulturelles Erbe zu vermitteln. Soweit zu dem § 96.

Ich möchte noch darauf verweisen, dass die Förderung des kulturellen und wissenschaftlichen Erbes der Heimatgebiete der Vertriebenen auch ein wichtiges Element

unserer Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn ist. Nicht umsonst haben die Nachbarschaftsverträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, Bulgarien und der ehemaligen Sowjetunion gerade auch diese Fragen aufgegriffen und Bezug genommen auf die deutsche Kultur in diesen Staaten, die auch als bereichernd bezeichnet und als Brückenschlag in die Zukunft gesehen wird. Um den Aufgaben gerecht zu werden, braucht § 96 auch nicht geändert zu werden. Er gibt und er hat schon in der Vergangenheit und er wird auch in Zukunft genügend Spielraum geben für Kulturarbeit in zeitgemäßen Formen.

Die vorgelegte Konzeption gibt Gelegenheit zu einer breit gefächerten Diskussion über kulturpolitisch wünschenswerte Zielsetzungen. Und eine Zielsetzung dürfte ja wohl sein, diese Kulturarbeit für die Gegenwart erfahrbar zu machen und für die Zukunft zu bewahren. Und vor allen Dingen sollte darüber diskutiert werden, wie man diesen Zielsetzungen in der praktischen Arbeit und der Förderung gerecht werden will. Hierzu enthält die Konzeption aber kaum etwas. Es ist viel von Fusionierungen, Beendigungen und Umstrukturierungen die Rede. Aber am Ende gewinnt man den Eindruck, dass nur noch Bruchstücke vorhanden sind. Die ganze Konzeption kann man als ein Abbruchunternehmen bewährter föderaler Strukturen ansehen. Diese werden zerstört und am Ende, wenn man das Ganze Revue passieren lässt, entsteht kein einheitliches Ganzes. Man gewinnt nicht den Eindruck, dass am Ende dieser ganzen Überlegungen ein einheitliches Ganzes steht, was auch die Gesamtheit, die Vielfalt und die Breite dieser Arbeit abdeckt. Vielleicht liegt das daran, dass die Konzeption auch von falschen Voraussetzungen ausgeht. Besonders in der Einleitung wird eine rückwärts gewandte Betrachtung der Vertriebenenverbände auch deutlich. Vielleicht hätte eine sorgfältigere oder überhaupt eine Evaluierung der Ergebnisse der institutionell geförderten Kultureinrichtungen und der kulturellen Breitenarbeit und grenzüberschreitenden Kulturarbeit der Vertriebenenverbände Missverständnisse vermeiden können. Man muss auch der Ehrlichkeit halber in der Diskussion sagen, dass die Mittel, die im Haushalt für die Förderung des § 96 eingebracht werden und eingebracht sind, zum ganz überwiegenden Teil für Institutionen ganz verschiedener und mit ganz unterschiedlichen Zielsetzungen zur Verfügung stehen. Die kulturelle Breitenarbeit und die grenzüberschreitende Kulturarbeit der Vertriebenenverbände wird nur zu einem ganz geringen Prozentsatz gefördert.

Ich komme zur grenzüberschreitenden Kulturarbeit. Zur Vorbereitung dieser Arbeit haben die Vertriebenen und die Vertriebenenverbände schon vor der Wende 1989/90 ganz Erhebliches geleistet. Sie sind schon lange vor der Wende auch unter schwierigen Bedingungen in ihre Heimatgebiete gereist. Einmal weil es sie natürlich interessiert hat, aber auch um den Menschen dort zu helfen und übrigens nicht nur den Deutschen, die dort leben, sondern auch den Nachbarn. Ich erinnere mich sehr gut an die Paketaktion zur Zeit des Kriegsrechts damals in der Volksrepublik Polen, wo ein Großteil der Pakete und der Hilfestellung auch von deutschen Vertriebenen geleistet wurde. Man muss der Ehrlichkeit halber auch sagen, dass die Vertriebenen jahrzehntelang eine Arbeit gemacht haben, für die sich andere nur wenig interessiert haben und die andere auch kaum gemacht haben. Es war ja auch nicht besonders angenehm, in Zeiten des Kalten Krieges diese Länder zu bereisen. Wenn man sie jetzt aus der grenzüberschreitenden Kulturarbeit als Träger ausgrenzen will, dann heißt das auch, dass ein ganz authentischer Teil dieser Kulturarbeit verloren geht. Denn die Vertriebenen sind authentische Träger der Kultur. Und sie verfügen über einen reichen Erfahrungsschatz, über ein spezielles Wissen, das sie auch seit Jahrzehnten immer weitergeben. Und auf diesen Erfahrungsschatz zu verzichten hieße, diese Kulturarbeit auch nicht mehr authentisch fortführen zu können.

Ein Wort noch zu den wissenschaftlichen Einrichtungen der Vertriebenen. Auch diese haben sich schon sehr früh Fragen zugewandt, mit denen sich andere damals noch lange nicht beschäftigt haben. Ich erinnere an eine geschichtliche Tagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, die ja nach den Vorstellungen der Konzeption nächstes Jahr geschlossen werden soll. Da hat bereits im Jahre 1990 eine wissenschaftliche Tagung zu dem Thema "Die historische Einheit Europas" unter Beteiligung mitteleuropäischer Wissenschaftler stattgefunden. Und zwar wurde das Thema deswegen gewählt, weil es auch gerade der Wunsch dieser Völker ist, an die Einheit anzuknüpfen und weil der historische deutsche Osten immer die Kontakte zum Osten und zu Mitteleuropa hatte. So ist es also gewesen, dass die kulturellen Einrichtungen der Vertriebenen sich schon frühzeitig mit Fragestellungen aus ihrer Betroffenheit beschäftigt haben, die andere oder die meisten vernachlässigt haben. Die Studiengruppe der deutschen Vertriebenen hat sich bereits Anfang der 80er Jahre mit Fragen der Minderheitenpolitik beschäftigt und dazu ein reiches Schrifttum

auch herausgegeben. Das waren wissenschaftliche Tagungen und Projekte, an denen sich oft mitteleuropäische Wissenschaftler beteiligt haben, die jetzt auch gerade von aktueller Bedeutung sind.

Noch ein Wort zur kulturellen Breitenarbeit der Verbände. Man muss die Frage diskutieren, was ist Kultur? Sie reicht doch wohl von der Hochkultur bis zur Volkskultur. Wenn wir aber von Volkskultur ausgehen und wenn wir die erhalten wollen, dann müssen wir doch anerkennen, dass es sich um lebendige Kultur handelt, Kultur, die von Menschen getragen wird, die von Menschen praktiziert wird. Wenn wir nicht wollen, dass die Kultur der Heimatgebiete der Deutschen im Museum verschwindet oder nur noch erfahrbar bleibt durch Bücher und Videoaufnahmen, dann muss man es doch möglich machen, dass Vertriebene diese Arbeit auch in der Praxis machen und dann sollte es doch möglich sein, durch eine Förderung nach § 96 diese Arbeit auch zu ermöglichen. Und wenn Sie sagen, Herr Staatsminister, Sie wollen zwar Vertriebene fördern, aber bloß nicht diese Interessenverbände, dann muss ich dazu sagen, Kulturarbeit bedarf doch auch irgendwo einer Struktur und auch einer Struktur, die sie trägt. Und die finden Sie nun einmal bei den Vertriebenen und den Vertriebenenverbänden.

Ein letztes Wort zu der zentralen Kulturstiftung, die Sie ins Auge gefasst haben für das östliche Europa. Schon das Wort finde ich missverständlich und vielleicht auch nicht richtig. Aber es kann auch nicht so sehr auf den Namen ankommen, darüber kann man auch, wenn der Inhalt stimmt, meinetwegen noch hinübergehen. Wichtig sind aber die Inhalte. Und wenn ich das sehe, was als Aufgabenbeschreibung genannt wird, dann ist das letztlich ein Sammelsurium von Aufgaben, die von anderen Einrichtungen übernommen werden sollen, die geschlossen werden sollen. Und da frage ich mich, warum müssen die dann geschlossen werden. Warum können sie dann nicht erhalten bleiben. Ich denke dabei an die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, deren Aufgabenteil irgendwie, man weiß noch nicht exakt wie, auf diese zentrale Kulturstiftung übertragen wird. Man sollte doch versuchen, diese Aufgabenteile der Kulturstiftung oder auch andere Einrichtungen weiter zu fördern. Da kommt es uns nicht so sehr auf den Erhalt bestehender Strukturen an, sondern da können wir auch über die Dinge reden. An Haushaltskonsolidierung teilzunehmen

und dazu einen Beitrag zu leisten, sind die Vertriebenenverbände und deren kulturelle Einrichtungen auf jeden Fall bereit. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Hriberski. Als nächstes möchte ich das Wort Herrn Becher erteilen.

Herr Dr. Becher (Adalbert-Stifter-Verein): Sehr geehrte Damen und Herren, die Konzeption, die Staatsminister Naumann vorgelegt hat, geht meines Erachtens von einer Reihe richtig gesehener Ansatzpunkte aus. Ihr liegt aber eine nicht ganz genügend durchgeführte Bestandsaufnahme zugrunde. Ich habe auch den Eindruck, dass sie eine Reihe von Konsequenzen zieht, die man noch einmal überdenken sollte. Vielleicht darf ich dazu ein paar allgemeinere Bemerkungen machen und auf speziellere Fragen dann anschließend eingehen, wenn das gewünscht wird.

Ich denke, dass es ganz richtig ist, den großen Paradigmenwechsel des Jahres 1989/90 an den Anfang zu stellen. Denn dieser Paradigmenwechsel hat die gesamte Großwetterlage nicht nur in Europa von Grund auf verändert. Und diese Veränderungen treffen selbstverständlich auch den Bereich der Vertriebenenverbände und der Kulturinstitute, die in diesem Bereich tätig sind. Der Ost-West-Konflikt, der 40 Jahre lang uns alle geprägt hat, ist beendet worden und stattdessen ist die große Zukunftsaufgabe der europäischen Integration getreten. Und nun ist es etwas eigenartig, wie man in diesem Kontext die Vertriebenen ansiedelt. Denn in den Zeiten des Kalten Krieges waren die Ansprüche, die sie hatten, natürlich ein nützlicher Unterpfand in der Auseinandersetzung mit den kommunistischen Staaten. Jetzt aber steht es ein bisschen quer im Raum, wenn es um die europäische Integration geht. Das Unbehagen, das man spürt und das man auch der Konzeption abliest, ist dabei überdeutlich. Was machen die Vertriebenen eigentlich zum großen Teil? Geht es eben um - was die Vorsitzende eingangs auch erwähnt hat - Volkstänze, Trachten, Heimatstuben. Da wird eine amateurhafte Forschung betrieben. Dieser ganze Bereich ist überaus selbstreferentiell und unprofessionell organisiert. Überdies schluckt er viel zu viel Geld. So ein Unbehagen, das man überall spüren kann, auch wenn es expressis verbis nicht überall so formuliert wird. Diesem Unbehagen gegenüber stehen aber auch gegenläufige Prozesse, die man vielleicht dadurch kennzeichnen kann, dass auch Politiker in den 90er Jahren festgestellt haben, dass

das Verhältnis gegenüber den Vertriebenen insgesamt durch - wie Frau Vollmer einmal gesagt hat - eine große Mitleidlosigkeit gegenüber ihrem Schicksal gezeichnet war. Und auch in diesem Jahr oder überhaupt erst in diesem Jahr hat das Schicksal der vertriebenen Kosovo-Albaner noch einmal ganz besonders dafür sensibilisiert, dass man auch dem Schicksal der deutschen Vertriebenen vielleicht etwas mehr Beachtung und etwas mehr Mitgefühl gegenüber aufbringen sollte.

Nach dem Paradigmenwechsel von 89/90, meine Damen und Herren, zählten gerade viele Gruppen aus dem Vertriebenenbereich, insbesondere aus den Heimatkreisen, zu den allerersten, die den Kontakt gesucht haben über die wieder überwindbare Grenze hinweg. Sie haben Friedhöfe und Kirchen restauriert, Kindergärten geschaffen, Schulen, Altenheime. Sie haben Begegnungen gesucht, Begegnungen nicht nur mit den vertriebenen Minderheiten in diesen Gebieten, sondern auch mit den tschechischen, polnischen und anderen neuen Bewohnern der alten Orte. Und viele dieser Aktivitäten sind so weit gegangen, dass sogar alte Vertriebene wieder zu Ehrenbürgern in ihren alten Orten ernannt worden sind. Das sind Tendenzen, die man, denke ich, in diesem Zusammenhang erwähnen muss.

Daneben und darüber hat die Tätigkeit der von § 96 angesprochenen Kulturinstitute sofort den Kontakt über die Grenze gesucht. Es wurden Universitäten, Museen, Bibliotheken und Archive kontaktiert. Es wurden Verbindungen zu Literatur- und Künstlerverbänden hergestellt. Es wurden gemeinsame Tagungen, Lesungen, Ausstellungen organisiert. Es wurden Forschungsprojekte angeleiert, es wurden Übersetzungen in die Wege geleitet und viele Fachpublikationen herausgegeben. Dies alles, meine Damen und Herren, in den 90er Jahren nach der Wende, als eine Tätigkeit, zu der sich diese Kulturinstitute ganz besonders dazu aufgerufen gefühlt hatten, eben jetzt den Kulturaustausch mit unseren östlichen Nachbarländern mitzutragen. Ich möchte behaupten, dass sich in den 90er Jahren ein Netzwerk der Zusammenarbeit herausgebildet hat, in dem die von § 96 geförderten Kulturinstitute ganz selbstverständlich neben anderen Instituten mitgearbeitet haben. Sie haben, was die Institute anbelangt, keine Scheu sich an wissenschaftlichen Standards messen zu lassen, und die Stimmen aus den Nachbarländern, die in den vergangenen Monaten bei Staatsminister Naumann und seinen Mitarbeitern eingegangen sind, die haben das, glaube ich auch, sehr nachdrücklich belegt. Das ist in

meinen Augen eine Tendenz, die die 90er Jahre geprägt hat und die man eigentlich auch würdigen können müsste.

Es gibt allerdings ein paar Überlagerungen, die es schwierig machten und zum Teil bis heute schwierig machen, diese Tendenz überhaupt wahrzunehmen und herauszukristallisieren. Ich will da drei Überlagerungsphänomene ansprechen. Zum einen ist diese Entwicklung auch innerhalb des Vertriebenenbereiches durch eine ausgesprochen kontroverse und hochemotionell geführte Diskussion begleitet worden, die von heftigen Vorwürfen bis hin zu emphatischer Zustimmung reicht. Viele der Kulturinstitute haben deshalb eine ausgesprochene Gratwanderung vollzogen. Es war auch nicht einfach, diesen Kurs über die Grenze hinweg zu verfolgen, und wer an dieser Stelle gesessen ist, der wird das sicher auch bestätigen können. Das zweite Phänomen, was die Wahrnehmung dieser geschilderten Tendenz schwierig gemacht hat, ist das Fortwirken alter Organisationsformen, womit ich vor allem pfingstliche Kundgebungen meine, und ich weiß sehr wohl, dass Politikerinnen, wie zum Beispiel Frau Dr. Vollmer, allergrößte Schwierigkeiten hatten, wenn sie den Mut aufbrachten, sich den geballten Emotionen, die an solchen Kundgebungen immer wieder zu Tage treten, auch auszusetzen. Und der dritte Punkt, der diese Tendenz ein wenig schwer wahrnehmen lässt, ist die anhaltende Fixierung der Medien auf Bilder, welche dazu angetan sind, alte Vorurteile zu bestätigen. Es ist kaum einmal der Fall gewesen, dass sich Medienvertreter die Mühe gemacht haben, wirklich nachzusehen, welche Arbeit in den 90er Jahren geleistet worden ist. Es war allemal leichter Pfingsttreffen, Trachten und alte Stadtwappen zu zeigen, als einmal dorthin zu gehen, wo Kulturinstitute ihre tatsächliche Arbeit leisten. Aus diesem Grund hat sich eine, wie ich meine, zähleibige Mischung von Unkenntnissen und Vorurteilen gehalten, die die Wahrnehmung des gesamten Bereiches bis heute belastet. Viele Politiker empfinden die Vertriebenen nach wie vor lediglich als Hemmschuh für die Begegnung mit unseren östlichen Nachbarn und kommen daher gar nicht auf den Gedanken, dass es ja umgekehrt sein könnte, dass gerade Kultureinrichtungen der Vertriebenen sich besonders gut für die Aufgabe der europäischen Integration eignen könnten, eben weil sie zu den wenigen im Westen fest etablierten Einrichtungen zählen, deren Wurzeln in Mitteleuropa liegen. Hier ist ein Potenzial an Kenntnissen vorhanden, das von den gebildeten Schichten unserer Nachbarländer längst geschätzt und genutzt wird, während viele Gebildete unseres eigenen Landes immer noch die Brillen alter

Vorurteile tragen und sich lieber durch politisch zugespitzte Pfingstreden in ihren Vorurteilen bestätigen lassen als nachzusehen, welche Arbeit in den Instituten tatsächlich geleistet wird. Ich glaube, es ist jetzt an der Zeit, das Tableau mitteleuropäischer Kulturbeziehungen jenseits von ideologischen Ansprüchen und von Unterstellungen auf sachliche Weise neu zu beschreiben.

Ich möchte dazu an den Schluss eine Reihe von Vorschlägen setzen, die Sie auch in meinem abgegebenen Papier finden. Ich möchte erstens anregen, die Konzeption zu überarbeiten, so wie das Dr. Nevermann in einer Reihe von Gesprächen erfreulicherweise bereits in Angriff genommen hat. Ich möchte zweitens anregen, die Bestandsaufnahme fundierter durchzuführen und dabei insbesondere die Entwicklung der 90er Jahre zu berücksichtigen. Ich möchte drittens anregen, das Regionalprinzip, das in dieser Konstruktion eine Rolle spielt, auf eine historisch-geographisch zutreffende Grundlage zu stellen, was nicht überall der Fall ist. Ich möchte viertens anregen, was ebenfalls noch ein Problem in der Konzeption ist, die weitere Förderung mit den Ländern, die ebenfalls nach § 96 fördern, besser zu koordinieren. Ich möchte fünftens anregen, den § 96-Bereich nicht isoliert zu betrachten, sondern als Bestandteil des sich herausbildenden mitteleuropäischen Kultur- und Wissenschaftsaustausches zu behandeln und in diesem Kontext als eine Infrastruktur zu begreifen, die eine Bereicherung darstellt, und sie so zu nutzen, wie das viele unserer östlichen Nachbarn bereits tun. Und ich möchte schließlich darauf hinweisen, dass der § 96 des Bundesvertriebenengesetzes meiner Meinung nach zwar beibehalten werden sollte, dass es in ihm aber einzelne Formulierungen gibt, die nahezu 50 Jahre nach ihrem Entstehen überdacht werden müssten und den heutigen Gegebenheiten angepasst werden müssten, so dass die Aufgaben in Anlehnung oder in Abhängigkeit gebracht werden von dem Ende des Ost-West-Konfliktes und von der großen Zukunftsaufgabe der europäischen Integration. Danke schön.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Dr. Becher, insbesondere für die um Objektivität bemühte Darstellung und die konstruktiven Anregungen. Als nächstes hat das Wort Herr Klarer.

Herr Klarer (Deutsche Jugend in Europa e.V.): Danke schön, sehr geehrte Damen und Herren, die DJO - Deutsche Jugend in Europa -, für die ich hier sitze, hat ja bereits Ende Juni eine längere Stellungnahme zu dieser Neukonzeption des Bundeskulturministeriums vorgelegt, die Politik und Verwaltung bereits vor zwei Monaten zugegangen sind. Ich gehe davon aus, dass ich mich hier darauf beschränken kann, die konkreten Fragen abzuarbeiten, die für diese Anhörung vom Ausschuss entwickelt wurden.

Frage 1 war, inwieweit der § 96 BVFG in seinem Wortlaut oder Grundsatz geändert werden soll. Wir sind nicht der Auffassung, dass dies notwendig ist, allerdings jetzt im Zuge dieser Anhörung gewinne auch ich die Erkenntnis, dass gewisse Begriffe vielleicht präzisiert werden könnten, aber der Grundsatz als solcher sollte unserem Erachten nach erhalten bleiben. Er sollte allerdings in bestimmten Punkten konkretisiert sein, um über den Tag und das Haushaltsjahr hinausweisende Fördergrundsätze zu entwickeln, wo man dann auch mittelfristig weiß, was in diesem Förderbereich gefördert werden soll. Wir würden uns wünschen, dass in formaler Hinsicht auch Förderrichtlinien entwickelt werden, die auch klar und präzise definieren, was in diesem Förderbereich nach § 96 an Kulturarbeit gefördert werden soll. Das hätte unserer Ansicht nach mehrere Vorteile. Erstens wäre das eine politische Willensentscheidung, die dann auch nachlesbar ist, es würde die Träger binden, es würde im übrigen auch das beteiligte Ausland dessen versichern, was der Bund ja fördern will, weil es zum Teil ja auch deren Interessen berührt. Da würden wir uns eine Präzisierung wünschen. Des weiteren würden wir uns fachlich wünschen, dass in einer solchen Präzisierung die grenzüberschreitende Kulturarbeit stärker betont wird, dass auf Begegnung gesetzt wird zwischen Menschen und dass die Gewichtung zwischen grenzüberschreitender Kulturarbeit und kultureller Breitenarbeit zugunsten des internationalen und bilateralen Austausches ausgebaut würde. Wir würden uns wünschen, dass in eine solche Präzisierung auch mittelfristig hineingehört, das immerhin massiv vorhandene ehrenamtliche und bürgergesellschaftliche Engagement in diesem Förderbereich zu erhalten und zu fördern und auch strukturhaltende, absichernde Maßnahmen durchzuführen, um die immerhin ja auch vorhandene Qualifikation im ehrenamtlichen Bereich zu erhalten und zu unterstützen. Ich sage das nicht zuletzt deswegen, weil die DJO - Deutsche Jugend in Europa - ein Träger der freien Jugendhilfe ist und mit den Methoden der Jugendver-

bandsarbeit - und das ist ehrenamtlich, wertorientiert, selbstorganisiert und demokratisch – arbeitet. Sie ist also durchaus gewohnt, ehrenamtlich tätig zu sein. Wir würden uns wünschen - als Jugendverband vielleicht nicht besonders verwunderlich -, dass die Förderung verstärkt von der Zielgruppe von Jugendlichen und jugendlichen Erwachsenen als künftige Träger dieser kulturellen Arbeit orientiert wird. Dies ist auch eine Kritik an dem vorgelegten Papier, in dem das Wort Jugend ja gar nicht vorkommt - kein einziges Mal. Aus unserer Sicht wäre dazu eine gesetzliche Änderung nicht notwendig, allerdings eine Präzisierung unterhalb der Ebene von Gesetzesänderungen.

Frage 2 war die Beurteilung der vorgelegten Konzeption nach bestimmten Kriterien. Wir sind der Auffassung, dass die wesentlichen Probleme in dieser Konzeption durchaus benannt sind, dass sie mit dieser Konzeption aber so nicht unbedingt gelöst werden können. Grundsätzlich zur Frage nach grenzüberschreitender Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der wegfallenden Grenzen in Europa und der anstehenden Erweiterung der EU um die osteuropäischen Nachbarstaaten kann ich den eingangs gemachten Erläuterungen insofern zustimmen, als diese Schwierigkeiten und Neuorientierung bei den Trägern dieser Arbeit immerhin ja seit zehn Jahren bekannt sind, nur dass diese Träger darauf auch sehr wohl reagiert haben, logischerweise es mussten. Das heißt also zum Beispiel, unser Verband ist, seit es möglich ist, in den entsprechenden Regionen auch tätig im Sinne einer grenzüberschreitenden kulturellen Austauschprojektierung, übrigens auch gefördert vom damals noch zuständigen BMI. Das Problem ist eher, dass die Politik offiziell darauf eigentlich noch nicht reagiert hat. Inoffiziell hat selbst die Politik mit ihrer Förderung dieser Sache auch Rechnung getragen. Ich denke, die Frage der grenzüberschreitenden Kulturarbeit sollte auch etwas grundsätzlicher angegangen werden. Die Frage ist auch, welchen Sinn das eigentlich hat, grenzüberschreitende kulturelle Tätigkeit zu fördern und wer jetzt die Gruppen sind. Wir sind der Auffassung, und das ist auch unsere Erfahrung, dass es ein legitimes Interesse und ein zunehmendes Bedürfnis aller heute in diesen Regionen lebenden Menschen, und zwar gerade auch Jugendlichen - übrigens gerade auch in den neuen Ländern - gibt, den Fragen nach eigener Herkunft, Heimatidentität und Geschichte nachzugehen. Diese Leute wollen eben wissen, wo ihre Eltern herkommen und wer sie selbst sind. Das bezieht sich keineswegs nur auf die Nachfahren der deutschen Vertriebenen, das bezieht sich

genauso auf die heute in diesen Regionen lebenden Menschen im Ausland. Und zwischen diesen Menschen, die alle Fragen zur Identität, Heimat und Selbstverständnis haben, Kontakte herzustellen, ist - unserer Auffassung nach - eben genau Sinn der grenzüberschreitenden Kulturarbeit, wenn es sich hier auch um eine immerhin gemeinsame europäische Geschichte dreht. Ich denke, wenn man den politischen Bereich, der sich um solche Fragen kümmert, sichtet, wird man auch sehen, dass es gerade für solche Menschen, die sich als Jugendliche solche Fragen stellen, ein sehr unabhängiges Angebot gibt, Selbstverständnis und Identität zu finden. Man darf dieses Feld also nicht den rechtsradikalen Rechthabern und Nationalisten aller Seiten überlassen. Und ich denke, es ist sinnvoll, wenn der Bund - übrigens auch die Länder - dort ein sinnvolles Bildungs- und kulturelles Angebot machen, das Jugendliche auch genau dann in dem Alter erreicht, wo sie sich solche Fragen stellen.

Zu Frage b. Die Überschneidung der Vertriebenen-Kulturarbeit mit den Aufgaben der auswärtigen Kulturarbeit war ja früher schon ein beliebtes Thema. Dazu kann man im Prinzip nur kurz sagen: Das hatte früher schon keine besonderen fachlichen Gründe, dass da nie eine Koordination stattgefunden hat, also zwischen in dem Fall BMI und AA. Ich bin auch der Auffassung, dass grenzüberschreitende Kulturarbeit natürlich auch einer Abstimmung bedarf mit dem Kinder- und Jugendplan des Bundes, der immerhin ja auch internationalen Jugendaustausch fördert in denselben Regionen. Und wenn ich das richtig gelesen habe, warten wir noch auf eine Zusammenfassung aller kulturellen Aktivitäten, die über den Bund gefördert werden als Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen. In diesem Sinne müsste das ja auch dort aufgelistet sein. Wir würden uns wünschen, dass es ein Miteinander in diesen Fragen gibt, eine Koordination zwischen den unterschiedlichen Bundesministerien, damit man auch planen kann und insbesondere dann im Ausland nicht Konflikte ausgetragen werden, die man eigentlich besser im Inland austrägt.

Zu Frage c. Wie schon gesagt, das Wort Jugend taucht in dieser Konzeption nicht auf. Das heißt, alle Fragen, die dahin gehen sollen, wie man Jugendliche erreicht, werden mit dieser Konzeption nicht beantwortet. Als Träger der Freien Jugendhilfe kann ich sagen, dass es sinnvoll ist, mit einem relativ geringen hauptamtlichen Einsatz relativ viel ehrenamtliche Bewegung in diesem Förderbereich zu erzeugen.

Ich würde mir das wünschen. Ich denke, dass die vorgelegte Konzeption diese Frage nicht beantwortet. Im übrigen beantwortet die vorgelegte Konzeption die Frage der Zielerreichung von Jugendlichen auch durchaus insofern nicht, als unklar ist, wer künftig der Träger dieser Arbeit sein soll. Die Konzeption stellt ja richtigerweise fest, dass die Erlebnisgeneration alleine der Träger dieser Kulturarbeit nicht sein kann. Ich sage dazu, sie war es auch nie. Ich kann berichten, dass wir als Jugendverband immerhin über 80 % von Jugendlichen organisiert haben, die keinerlei Vertreibungshintergrund haben und sich trotzdem für diese Region interessieren. Ich denke, das ist eher der Ansatz. Man muss die grundsätzliche Frage beantworten, ob man diese Kulturmanifestation endgültig ins Museum verbannt oder nicht. Wenn man das will, sollte man das sagen. Wenn man das nicht will, muss man sich Gedanken machen, wer künftiger Träger sein soll. Und da kann es im Prinzip auch nur so sein, dass man dann konsequent Jugendarbeit auch fördern muss. Da muss man sich politisch entscheiden. Das tut diese Konzeption vorläufig erst mal nicht.

Die vorgelegte Neuordnung nach dem Regionalprinzip vernachlässigt unserer Auffassung nach einfach die Praxis der Kulturpflege, weil sich Leute für bestimmte und benennbare Regionen interessieren und nicht für irgendein abstraktes Nord/Ost-Europa. Wenn Jugendliche, die in Vorpommern leben, sich heute für Pommersche Kultur interessieren, interessieren sie sich eben für Pommersche Kultur und in keiner Weise für nordosteuropäische. Die ist ja bestimmbar, die muss auch begrifflich vorhanden bleiben. Eine Systematisierung aller Einrichtungen und Förderbereiche nur nach Regionen beantwortet natürlich auch nicht die Frage, wer dann beispielsweise für Jugendarbeit zuständig sein soll. Sind das dann alle und damit keiner?

Mitteleinsparung. Ich denke, da haben wir dasselbe Problem wie zum Teil auch in den Bundesländern. Es kann auf Dauer nicht so sein, dass die geförderten Institutionen mit deren notwendigen Kostensteigerungen, die regelhaft und regelmäßig anfallen werden, quasi den gesamten Fördertopf blockieren. Es kann nicht sein, dass man nur Einrichtungen fördert, die dann selbst mangels Projektmittel nichts mehr machen können. Das ist ja zum Teil der Fall in Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen oder auch in Niedersachsen. Wenn man aus dieser Falle hinaus will, muss man ein angemessenes Verhältnis zwischen Projekt- und institutionellen Förderungen finden. Man muss darauf achten, dass nicht nur die Einrichtungen

selbst, sondern auch weitere freie Träger der Arbeit über Projektfinanzierungen Maßnahmen machen können, weil man sonst im Prinzip nichts mehr tun kann. Das heißt, der Bund kann, wenn er so weiter macht, eigentlich gar keine Projekte mehr fördern, weil er keine Haushaltsmittel hat bzw. der Haushalt vollgepfastert ist mit Verpflichtungsermächtigungen. Das ist sicher nicht sinnvoll. Auch da gilt es, rechtzeitig richtige Entscheidungen zu treffen und den Anteil der Projektförderung angemessen zu erhalten.

Zur Frage ehrenamtlicher Tätigkeit. Als Vertreter eines Jugendverbandes sagt man das immer nur ungern, aber natürlich ist das auch fiskalisch interessant, mit hauptamtlicher Unterstützung ehrenamtliche Tätigkeit hervorzurufen, weil der Multiplikatoreffekt sehr viel größer ist als bei Einrichtungen. Spar- und Straffungseffekte kamen bisher nicht zur Rede, weil es hier um die fachlich-politische Diskussion geht. Aber aus der Praxis eines Zuwendungsempfängers sei nun auch berichtet, dass die vorgenommene Übergabe der angeblich nichtministeriellen Aufgaben an das Bundesverwaltungsamt in keiner Weise insgesamt eine Einsparung bedeutet, weil man im Prinzip eine Verdopplung des Personals hat, eine erhebliche Bürokratisierung des gesamten Antrages, wesentlich auch des Nachweisführungsverfahrens. Man hat einen erheblich erhöhten Koordinationsbedarf zwischen diesen Behörden, die sich auch nicht immer nur grün sind und nicht alles gleich sehen. Und das sind dann Probleme, die dann bei den Zuwendungsempfängern selbst übrigens erhebliche Kosten für Verwaltungsarbeit erzeugen. Eben genau das, was man eigentlich nicht will. Im übrigen sei auch mal die Anmerkung gemacht, wenn man so eine Frage formuliert, der Bundesrechnungshof habe festgestellt, die Mittel seien zu straffen, dann sollte man eben auch wissen, dass gerade das Förderreferat „Kulturelle Breitenarbeit“ sechs Jahre lang keine Verwendungsnachweise geprüft hat, sprich, dass das Förderreferat selbst gar nicht wusste, was es im Ergebnis gefördert hat. Auch das sind Missstände, übrigens auch mangels Zielklarheit, die man nicht einfach mit dem allgemeinen Hinweis von Straffung von Verwaltung oder von Ausgaben dann erledigen kann. Die Probleme liegen da schon auf allen Seiten. Ich bedanke mich.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Klarer, vielen Dank für Ihre Ausführungen und das sehr gut strukturierte Papier. Als nächstes hat das Wort Herr Prof. Dr. Kramer.

Herr Prof. Dr. Kramer (Museum für Völkerkunde/Frankfurt/Main): Verehrter Herr Staatsminister, liebe Abgeordnete und Gäste. Ich danke für die Einladung zu dieser Veranstaltung und nehme gern die Gelegenheit wahr, als europäischer Ethnologe meine Gedanken zu dieser Konzeption und zu diesem Gesetz vorzubringen.

Gesetz und Förderung können gewiss geändert werden. Wenn keine Änderung möglich wäre, würde die Kulturpolitik sich jegliche Handlungschancen nehmen lassen, und deswegen werden die Universitäten, werden viele Kulturinstitutionen sparen müssen, bitter und hart sparen müssen. Auch von anderen, nicht nur von diesen hier von dem Gesetz geförderten Institutionen kann verlangt werden, dass sie ihren Beitrag zur Orientierung des Staatshaushaltes in dem neuen internationalen Finanzgebaren leisten und sparen oder neue Finanzierungsquellen, wie sie in der Diskussion um Bürgergesellschaft, Sponsoring und so weiter vorgesehen sind, erschließen. Ich kann und will überhaupt nicht evaluieren, was in diesen Institutionen getan worden ist. Das Sparen scheint eine unabhängig davon notwendig gewordene Sache zu sein.

Nicht nur die Förderung kann geändert werden, sondern auch das Gesetz kann geändert werden. Ich habe mir jetzt mal Gedanken gemacht, wie ich mir so etwas vorstellen könnte - die neue Formulierung von § 96. Eine Formulierung, die zunächst isoliert nur diesen Paragraphen betrachtet. Ich darf Ihnen das mal kurz vorlesen, wie ich mir § 96 - überschrieben jetzt neu mit „Kulturpolitische Maßnahme“ - im Wortlaut vorstelle:

„Flucht, Vertreibung, Aussiedlung und Migration bedeuten gewaltige kulturelle Umbrüche für die Individuen wie für die Gesellschaft. Damit diese Veränderungen in sozial-kulturellen Prozessen verarbeitet werden können, verpflichten sich Bund und Länder im Rahmen ihrer Möglichkeiten, zweckdienliche kulturelle Aktivitäten und Institutionen, wie sie in bürgerschaftlicher Eigeninitiative der Betroffenen entstanden sind, zu fördern. Die bitteren Erfahrungen von nationalsozialistischem Völkermord, von Krieg, Flucht und Vertreibung bedeuten eine besondere Verpflichtung, mit kulturellen Mitteln eine konfliktvermeidende und konfliktregulierende Politik des Miteinander zu fördern. Das kulturelle Erbe der deutschsprachigen Flüchtlinge, Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler wird als Teil der europäischen kulturellen Vielfalt zur Aneignung und Auseinandersetzung vorgehalten. Es bedeutet sowohl Erinnerung an ein fruchtbares Miteinander, als auch Mahnung, Menschen und ihre Kultur nicht als Geisel von Macht und Interessenpolitik zu missbrauchen. Soweit aufgrund dieses Gesetzes begründete und ge-

förderte Stiftungen und Institutionen mit den genannten Zielsetzungen den kulturellen Dialog mit dem Nachbarn und mit den Herkunftsländern des genannten Personenkreises dienen, wird für sie Einvernehmen mit dem Minister des Auswärtigen hergestellt“.

Soweit also mein Vorschlag für eine Neuformulierung des Gesetzes. So etwas könnte ich mir vorstellen. Mit dieser Formulierung wird eine Messlatte für die Förderung gesetzt. Eine Messlatte, die verlangt, dass eine nicht substituierbare, heute wichtige Leistung erfüllt wird bzw. diesen Institutionen zugeschrieben wird, etwa bezüglich der Frage, wie in Vielfalt friedlich miteinander zu leben ist. Für ein Europa, das sich Vielfalt in der Einheit auch kulturell zum Programm gemacht hat, scheint mir dies eine legitime Voraussetzung zu sein. Ich habe diesen Vorschlag gemacht als Ethnologe, das bedeutet, ich habe die Erfahrungen aus meiner Wissenschaft und aus meiner Museumsarbeit einfließen lassen. Auch die Erfahrungen aus der kulturwissenschaftlichen Minderheitenforschung, für die also ethnische Gruppen immer verstanden werden - und ich beziehe mich da auf meine Lehrerin Ingeborg Weber-Kellermann zum Beispiel, die an der Marburger Universität intensiv Interethnik erforscht hat - als ein offenes System kultureller Überlieferungen und Handlungen. Im Denkmodell der Interethnik ging es um den dynamischen Prozess der kulturellen Entwicklung von Gruppen, die selbst entscheiden konnten, was für sie eine gelungene Integration war, und die als dynamische Bestandteile eines interkulturellen Gewebes ihren Beitrag zur Entwicklung der mit anderen geteilten Heimat leisteten. Vor allem in jenen Zeiten, in denen nicht im Rahmen der Idee des Nationalstaates diese Minderheiten im Rahmen des Programms des kulturell homogenen Nationalstaates instrumentalisiert wurden - in der Regel zum Nachteil der Betroffenen - als Destabilisierungspotenzial, als politische Kraft und so weiter. Dieses Miteinander in der Vergangenheit durchaus als Erinnerung und als aneignungsfähiges Erbe vorzuhalten, scheint mir also aufgrund meiner Erfahrung als Kulturwissenschaftler wichtig. Was die aktuelle Förderung und die aktuelle Wahrnehmung dieser Interessen anbetrifft, so gilt für mich die Maxime, die Jürgen Habermas vor einigen Jahren formuliert hat, wo er sagt, kulturelle Überlieferungen und die in ihnen artikulierten Lebensformen reproduzieren sich normalerweise dadurch, dass sie diejenigen, die sie ergreifen und in ihren Persönlichkeitsstrukturen prägen, von sich überzeugen, das heißt, zur produktiven Aneignung und Fortführung motivieren. Und erst wenn das als Grundlage vorhanden ist, dann kann überhaupt über die Frage diskutiert werden, wie weit Förderung legitim ist. Förderung nun wiederum, auch das scheint mir wichtig,

darf keine Privilegierung sein, auch nicht im Inland, wo man die Frage der positiven Diskriminierung von Minderheiten sehr kontrovers diskutiert. Man wird also den liberalen Standpunkt oder einen stärker kulturpolitisch argumentierenden Standpunkt vertreten können. In der Praxis wird man in der Regel einen Kompromiss schließen müssen. Noch wichtiger ist es aber, scheint mir, zu verhindern, dass durch Förderung eine positive Diskriminierung, eine Privilegierung im Ausland entsteht. Die Ethnologen des Museums für Völkerkunde Frankfurt haben vor kurzem eine Stellungnahme zur Ethnizitätsdiskussion abgegeben, wo sie sagen, eine bestimmte ethnisch-kulturelle Gruppe zu bevorzugen bedeutet in aller Regel, Privilegien für diese Gruppe durch Benachteiligung und Diskriminierung anderer zu gewinnen, und Praktiken dieser Art provozieren Spannungen und müssen notwendigerweise Spannungen provozieren, an denen wir überhaupt kein Interesse haben.

Meine Vorschläge zu einer Gesetzesneuformulierung beziehen sich auf die bereits in dem Papier angedachte Idee einer Stiftung. Und ich möchte diese Idee dieser Stiftung - Kulturstiftung östliches Europa - erweitern und konkretisieren und dafür plädieren, dass es sich bei der Kulturstiftung östliches Europa um eine Kulturstiftung des Bundes und der Länder handelt, die eine gleichberechtigte Mitgliedschaft und Mitarbeit der osteuropäischen Staaten vorsieht. Diese Multilateralität scheint mir deswegen wichtig, weil gerade in diesen sensiblen Beziehungen von vornherein der Eindruck vermieden werden muss, als würde hier der Versuch unternommen, sie politisch auf irgendeine Weise für mitteleuropäische Interessen zu instrumentalisieren. Und ich denke, dass zum großen, für mich also faszinierenden Programm einer multilateralen Kulturstiftung „Östliches Europa“ dann auch in multi- und bilateralen Projekten das soziokulturelle Zusammenleben der deutschsprachigen Bewohner Osteuropas mit denen anderer Kulturen und Sprachen historisch erforscht, aber auch in der Gegenwart eine solche Stiftung ihr Programm, ihre Tätigkeit erweitern könnte auf heute uns beschäftigende Fragen. Dies wären zum Beispiel Stiftungsmuseen für Beutekunst, Stiftungen oder Projekte, die auch mitfinanziert werden könnten durch Zustiftungen der Fonds für Zwangsarbeiter oder für osteuropäische jüdische Opfer des Nationalsozialismus, die dann zum Beispiel auch die Gedenk- und Erinnerungsstätten in den osteuropäischen Ländern bilateral oder multilateral mit unterhalten könnten. Wenn eine solche multilaterale Stiftung in der angedeuteten Form gegründet wird, ist über eine solche Stiftung auch eine

sinnvolle und kostensparende Kooperation mit anderen Mittlern der auswärtigen Kulturpolitik im mittel- und osteuropäischen Raum, wie in den ehemaligen GUS-Staaten, denkbar, die ja auch bitter und hart sparen müssen. Es würde dann gewissermaßen ein Modell besonderer Beziehungen mit Osteuropa entstehen. Dank der Multilateralität dieser Organisation hätte ich da aber keine Bedenken. Dass dies ein sehr komplizierter Prozess ist, in dem auch wegen möglicher Vorbehalte die Integration vorhandener Institutionen nur sehr sensibel und sehr allmählich geschehen kann, ist mir klar. Die in dem Papier angedachten Konzepte für Museen, die bei mir als Museumsarbeiter meine besondere Aufmerksamkeit erweckten, scheinen mir also durchaus in dieser Richtung erweiterungsfähig. Wenn z.B. in Görlitz ein schlesisches Museum für die verschiedenen Teile Schlesiens gemacht wird, dann wäre zu fragen, wie weit da die Bilateralität auf eine Österreich einbeziehende Multilateralität zu erweitern wäre. Oder in Greifswald oder in Ulm das siebenbürgische Museum, da würde ich vorschlagen, dass man eine Außenstelle in Rumänien gründet und eine bilaterale Einrichtung in Rumänien noch zusätzlich. Projekte, die also, wenn ich an das vergleichsweise kleine Modell des deutsch-französischen Jugendwerkes denke, zwar schwierig, aber nicht unmöglich realisierbar wären. Wichtig, und das möchte ich noch einmal betonen, ist mir als Kulturwissenschaftler und Ethnologe die kulturelle Entwicklung prozessual zu betrachten und nicht von der Pflege, von dem Bewahren und dergleichen ausgehend, sondern von der produktiven Aneignung, Fortentwicklung und lebendigen Ausgestaltung eines Erbes in Situationen des Miteinander, wie wir sie in der Geschichte Osteuropas mannigfaltig hatten und wie sie durch den Nationalstaat auf kriminelle Weise zerstört worden sind.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Kramer. Dies war ein sehr weitreichendes, äußerst interessantes und bis ins kleinste Detail ausgefeiltes Konzept, über das man natürlich noch reden muss. Herr Prof. Ortowski.

Herr Prof. Dr. Ortowski (Universität Posen): Geehrte Frau Vorsitzende, werter Herr Staatsminister, meine Damen und Herren. Ich möchte mich hier verstanden wissen als jemand, der den „Blick von außen“ in die Debatte bringt. Das heißt aber keinen fremden Blick. Und ich meine, dass ich mit einem schielenden Auge auf Artikel 28 des Nachbarschaftsvertrages zwischen Polen und Deutschland zurückblicke und

meine, dass ich insofern nicht fehl oder falsch in diesem Raum sitze. Ich habe mich ein wenig anarchisch verhalten bei der Vorbereitung des Statements. Das hängt aber nicht mit der sprichwörtlichen anarchischen Haltung eines Polen zusammen, sondern mit einer ganz anderen Angelegenheit. Ich kann mir nicht als Pole bzw. als polnischer Staatsbürger anmaßen, konkrete Ratschläge politischer Art oder juristisch-administrativer Art zu geben, und daher habe ich recht knapp und fast asketisch die einzelnen Fragen beantwortet oder auch nicht beantwortet. Ich habe mich dann aber mit einigen Leitfragen oder Problemen beschäftigt, die ich sehr ausführlich in meinem Statement zum Ausdruck gebracht habe. Sie sind dort nachzulesen. Ich möchte hier in wenigen Minuten das Grundsätzliche zum Ausdruck bringen, und es freut mich, dass einiges, was in meinem Papier steht, schon korrespondiert mit einigen Aussagen zum Beispiel des Kollegen Kramer. Das freut mich, zeigt es doch, dass es grenzüberschreitende, nicht nur wissenschaftliche Forschung gibt, sondern dass wir in der intellektuellen Arbeit eigentlich nach ähnlichen Standards arbeiten.

Nun zur eigentlichen Angelegenheit. Zwei Fragen habe ich in meinen Statements angeschnitten und dann mit einer dritten gekoppelt, nämlich mit der Frage, die in dem Konzeptionspapier des Bundesbeauftragten vorgelegt worden ist, dieser zentralen Kulturstiftung oder wie immer man sie auch bezeichnen soll. Die erste Frage: Für mich als ein Kulturvermittler im deutsch-polnischen Raum, für jemand also, dem die Kulturvielfalt in Mitteleuropa sozusagen eine Bedingung einer jeden Zusammenarbeit ist, meine ich, dass in den 90er Jahren - ich habe es aufgelistet im einzelnen in meinem Statement - eine erfreuliche Entwicklung festzustellen ist. Es gibt nämlich eine ganze Reihe unter den Einrichtungen nach § 96, die ich jetzt nicht im einzelnen auflisten möchte, die stehen im Statement, für die zeigt sich eine sehr starke, eine wachsende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung. Ich spreche von polnischen, vielen polnischen Gruppen. Ich denke an Lüneburg, ich denke an Marburg, ich denke an die Stiftung Haus Oberschlesien. Ich denke an den ostdeutschen Kulturrat und an viele, überhaupt noch nicht im Papier genannte Einrichtungen, mit denen ich auch persönlich oder meine Kolleginnen oder viele andere Historiker oder Regionalhistoriker zusammengearbeitet haben. Das möchte ich hier ganz fest konstatieren, aber mich nicht damit begnügen. Das Problem liegt leider, meine ich, oder was heißt leider, nicht bei uns, also in diesem Falle bei dem

politischen Partner, sondern ist ein binnendeutsches Problem. Es gibt eine gewisse Grenze bzw. gewisse Schranken. 'Polnische Forschergremien, Institute, Einrichtungen arbeiten nämlich dann besonders effizient und sind daran auch interessiert, wenn die jeweiligen Einrichtungen - die deutschen Einrichtungen nach § 96 oder sonstige - einfach sehr fest eingebunden sind in die gesamte deutsche "scientific community". Das ist halt so, wir Forscher sind - man sprach früher von "Proletarier aller Länder vereinigt euch" - ich würde sagen es gibt so etwas wie "Wissenschaftler aller Länder vereinigt euch", und das ist eindeutig grenzüberschreitend. Das heißt also, das Problem, das ich angeschnitten und in wenigen Punkten aufgestellt habe, möchte ich jetzt schnell vorlesen, ist ein Problem, das hier zu lösen ist, hier „in diesem unseren Lande“, um einen Politiker zu zitieren. Folgende Punkte, meine ich, wären effizienzfördernd: Die Kooperation, also dieser Einrichtungen nach § 96, mit Institutionen und Einrichtungen in Deutschland, die über große Erfahrungen verfügen und auf verifizierbare Leistungen zurückblicken. Zweitens: Die Beteiligung an Ausschreibungen um Drittmittelprojekte. Das ist auch schon hier in einigen Aussagen zum Ausdruck gebracht worden, eine Orientierung als Schwerpunktkonzept. Weiter - tut mir leid, aber ich muss es sagen, obwohl ich selbst Wissenschaftler und damit auch verflochten bin - der Verzicht auf Bündelung von Apparaten, denn auf Dauer ist es eine ganz deutliche Tendenz, auch in der Zukunft, und eben nicht nur in der deutschen, nicht nur in der europäischen, sondern auch in der Weltwissenschaft, dass Fördermittel immer befristet sind. Abgesehen von Grundstrukturen, fördert man nicht Institutionen, sondern grundsätzlich Projekte. Und ich meine, das ist die Zukunft. Und wenn hier in diesem Gebäude beraten wird - also zukunftsorientiert -, muss man auch davon ausgehen. Und dahinter steckt selbstverständlich Leistung und Konkurrenz. Es gibt nicht die Vertriebenenforschung, es gibt nicht die Nichtvertriebenenforschung. Es gibt qualifizierte Forschung und weniger qualifizierte Forschung. Und ohne Konkurrenz geht es nicht. Menschen, auch Forscher, sind halt faule Tiere, tut mir leid. Also ohne Konkurrenz geht es nicht.

Das zweite Leitproblem ist die grenzüberschreitende Kulturarbeit. Ich fand - Herr Staatsminister, ich muss Sie hier leider kritisieren - nicht eine Ausarbeitung zu der Frage, was ist Kulturerbe, was ist Kulturarbeit. Meines Erachtens müsste man in so einem Papier oder vielleicht dann auch später in dem, was hier im Bundestag sozusagen durchgeboxt wird, deutlich machen, geht es vor allem um kulturelles

Gedächtnis im Sinne Jan Assmanns oder geht um verdinglichte Kultur, also Kulturerbe, wie das meistens so in der deutschen Umgangssprache gesagt wird, und man denkt dann sozusagen an Volkstänze und ähnliches. Sie haben es auch schon angesprochen. Meines Erachtens geht es vordergründig um kulturelles Gedächtnis. Und da muss nicht - ich schaue mich hier im Raum um - nicht meine Generation, also die „Erlebnisgeneration“ angesprochen werden, sondern die „Klammeraffen-generation“, von denen ich kaum Vertreter finde. Das sind Leute unter 30. Ich fand in dem Konzeptionspapier keinen Hinweis darauf, dass es so etwas wie Speichermedien gibt, dass es Online-Kommunikation gibt. Dies alles müsste in einem Konzept, das ja in die nächsten 30, 40 Jahre hineinreichen soll, mit bedacht sein. Diese Generation arbeitet anders. Und sie arbeitet auch mit der Vergangenheit anders. Und noch einen Punkt vielleicht zur Kooperation mit deutschen, anderen akademischen und sonstigen Institutionen. Es gibt ja eine ganze Anzahl exzellenter Lösungen. Lösungen hier in diesem Lande. Ich denke zum Beispiel an die blaue Liste, in der Bund und Länder sehr kooperativ miteinander arbeiten, also auch in Konkurrenz stehen. Ich meine, vieles könnte man vielleicht dort über Drittmittel auch durchführen. Ich denke an den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft. Ich denke an ein Konzept, zum Beispiel ein großes Sonderforschungsbereich-Projekt (SFB-Projekt). Es gibt über 250 SFB-Projekte hier in Deutschland. Warum nicht ein SFB-Projekt sozusagen unter strenger wissenschaftlicher, aber nicht bürokratischer Kontrolle. Und dann Projekte - große, mittlere -, aber befristet für fünf, für acht Jahre, je nachdem. Und da bin jetzt schon fast am Ende - bei diesem Konzept, dieser Stiftung, oder wie man das bezeichnen soll. Ich will und kann nicht sagen, was zusammengelegt oder woraus, ob aus Oldenburg oder aus dem ostdeutschen Kulturrat, eine Neugründung werden sollte. Ich meine, das ist für mich, aus meiner Perspektive, von sekundärer Bedeutung. Von primärer Bedeutung ist etwas anderes. Soll das gedacht sein als eine bürokratische Verwaltungsinstitution oder eine koordinierende. Sofern das erste gemeint ist, dann behüt' uns Gott. Gebranntes Kind scheut das Feuer. Und ich spreche aus unseren Erfahrungen. Sofern das zweite gemeint ist, dann möchte ich das begrüßen, aber mit einem zusätzlichen Hinweis versehen, der wortwörtlich in meinem Papier steht. Und ich bin fast Ihrer Meinung, nur ich habe es anders formuliert. Ich meine, man könnte ja so etwas bilden - was der Bundeskanzler seit Jahren hat - wie einen Wissenschaftsrat. Einen Wissenschafts- und Kulturrat, an dem man auch akkreditierte - wenn Sie als Deutsche nicht unbe-

dingt Polen oder Tschechen im Wissenschaftsrat mit dabei haben wollen - Mitglieder auf Zeit beteiligen könnte. Sagen wir, Polen, Russen aus dem Kaliningrader Gebiet, aus Litauen und so weiter und so fort. Das wäre doch ein Gremium, das zwei-, dreimal im Jahre zusammenkommen und nicht zuviel kosten würde, Herr Staatsminister, denn ich denke immer auch ans Sparen, und daran, was effizienter, um einiges sinnvoller wäre. Soviel, eine direkte Einmischung in die deutsche Wissenschafts- und Kulturlandschaft.

Die Vorsitzende: Das war keine Einmischung, sondern ein sehr konstruktiver europäischer Beitrag. Ich bedanke mich, Herr Prof. Ortowski. Als nächstes Herr Schäpe.

Herr Schäpe (Deutsch-polnisches Haus in Gliwice): Sehr verehrte Frau Vorsitzende, meine sehr geehrte Damen und Herren. Auch ich möchte eine Vorbemerkung voranstellen. Die im folgenden dargelegten Argumente resultieren aus meiner siebenjährigen Tätigkeit in Oberschlesien, das heißt, ich bin da seit sieben Jahren vor Ort, zunächst als Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung und jetzt als Leiter des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, das vor allem das Ziel hat, die deutsch-polnischen Beziehungen in dieser besonderen Region mit Beteiligung der dort lebenden Deutschen zu fördern. Deshalb werden in meinen Ausführungen die außenpolitischen Aspekte im Vordergrund stehen.

Ich glaube - das ist aber auch schon gesagt worden -, der § 96 sollte eine klare politische Ausrichtung bekommen, das heißt, die Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen oder der Vertreibungsgebiete sollte im zusammenwachsenden Europa den Charakter der Völkerverständigung haben und im Dialog mit den heute in den Vertreibungsgebieten lebenden Menschen unterschiedlicher Herkunft durchgeführt werden. Die speziell polnische Erfahrung kommt hier zum Tragen aufgrund der in vielen Gebieten jahrzehntelang geführten Propaganda der totalitären Systeme, die dort geherrscht haben, in deren Rahmen versucht wurde, alles was deutsch war, auszuradiieren. Diese Aufarbeitung sollte aus deutscher Sicht zwar konsequent, aber mit großer Sensibilität vollzogen werden, das heißt, wir müssen die Menschen, die da leben, mitnehmen. Wir können nicht vorauslaufen und sie bleiben hinterher, dann hat unser Wirken wenig Sinn und ist wenig effizient. Das wichtigste Element ist von

vielen meiner Vorredner und Vorrednerinnen angesprochen worden, nämlich dass wir in Deutschland einen parteiübergreifenden Konsens brauchen gegenüber diesem Thema. Ohne diesen Konsens kommen wir - auch außenpolitisch - nicht weiter. Und wir haben ja nun auch hier mit außenpolitischen Fragestellungen zu tun, und wir bewegen uns in einem sehr sensiblen und zum Teil auch belasteten Umfeld. Ich muss es nicht sagen, aber aus meiner polnischen Erfahrung scheint es doch noch angebracht, das Befassen mit diesem Thema muss unmissverständlich sein und beinhalten, dass die Grenzen nicht in Frage gestellt werden. Und Voraussetzung überhaupt für ein Miteinander ist aber auch auf der Seite unserer Partner, unserer ausländischen Partner ein Mindestmaß an Vertrauen gegenüber Deutschland und den mit dieser Arbeit beauftragten Organisationen und Institutionen. Die Pflege des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete sollte ein wichtiges Element des bilateralen Dialogs sein und kein Stolperstein in den Beziehungen Deutschlands und der betreffenden Staaten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es in Deutschland Institutionen und Organisationen gibt, denen in den betroffenen Staaten, zum Teil auch heute noch, mit großem Misstrauen begegnet wird. Und ich möchte hier auch ein Beispiel anführen. Ich habe eine sehr angesehene, seriöse polnische Zeitung hier vom 22. Oktober. Sie kommentiert den Besuch Frau Steinbachs in Polen. Die Schlagzeile ist "Vertriebene wollen Genugtuung". Und eines der wichtigen Argumente ist wiederum zum xtenMal, dass Frau Steinbach eben ihre Forderung knüpft an die Hilfe oder Unterstützung Deutschlands bei der Integration Polens in die Europäische Union. Es ist schon beinahe ein Lieblingsthema in den polnischen Medien. Ich will Ihnen das nur sagen, wie das im Ausland wahrgenommen wird, das scheint mir auch ganz wichtig. Deshalb halte ich die Ansiedlung dieses Themenbereichs, etwas Regierungsnähe, etwas Wissenschaftsnähe, für durchaus angebracht aus außenpolitischer Sicht. Noch eine Anmerkung. Wir haben eine gewaltige Diskrepanz zwischen Deutschland und den anderen Ländern. In Deutschland gibt es sehr viel Wissen über die betreffenden Gebiete vor 1945, aber kaum über die heutige Situation in den Gebieten und umgekehrt. Das heißt, in den betreffenden Ländern gibt es wohl sehr viel Wissen darüber, was nach 1945 dort passiert ist, wobei 1945 schon problematisch ist, weil man zum Teil noch heute ausblendet, was die Russen da Schlimmes getan haben und umgekehrt, das heißt, sehr wenig oder fast so gut wie gar kein Wissen, was vor 1945 da passiert ist. Das Beispiel Schlesien, Oberschlesien ist da klassisch. Deswegen würde ich schon vorschlagen, dass man diesen

Paragrafen auch versucht zu ändern in der Form, dass man ihn klar politisch ausrichtet, dass man sagt, er soll der Völkerverständigung dienen. Ich will das jetzt hier nicht im einzelnen ausformulieren.

Frau Hriberski hat in ihrem Vortrag gesagt, die Vertriebenen seien authentischer Träger der Kultur. Ja, natürlich sind sie das. Nur, und die Frage haben Sie aufgeworfen, mit welchem Ziel arbeiten wir. Wollen wir die Kultur vor 1945 reimportieren oder was wollen wir? Ich denke, das kann wohl nicht das Ziel sein, sondern wir müssen in Dialog treten mit den Menschen, die dort leben. Und auch noch ein Satz dazu. Die deutschen Vertriebenen haben nicht das Exklusivrecht auf Vertreibung. Es gibt auch andere. Und ich denke, im Sinne von Schicksalsgemeinschaft, deutsch-polnischer beispielsweise, ist das durchaus ein sehr guter Ansatz oder wäre das ein sehr guter Ansatz, der zum Teil ja auch schon praktiziert wird.

Die betroffenen Staaten und Regionen und deren Institutionen, Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen sollten natürlich in den Dialog eingebunden werden. Der Aspekt der Auswirkungen der deutschen Kultur auf die heutige Situation in den betreffenden Gebieten bietet Anlass für den Eintritt in einen intensiven Dialog - das habe ich schon gesagt - mit den dort lebenden Menschen: Zugezogene, Autochthone, deutsche Minderheiten. Juden leben wohl zahlreich dort, sind aber immer noch in den Regionen vertreten. Und ich denke, es wäre auch wichtig, deutsche Auslandsvertretungen in diese Prozesse mit einzubeziehen. Die Generalkonsulate bzw. Visa-Konsulate sind ja da, zumindest in den betreffenden Regionen. Das heißt, das Auswärtige Amt sollte auch mal Flagge zeigen in dieser Frage. Aber darüber habe ich ja schon etwas gesagt, nämlich es gibt ja nun keinen gesellschaftlichen Konsens in Deutschland bezüglich dieser Politik.

Konkret jetzt zu Ihren Fragen. Grenzüberschreitende Projekte sollten eng mit den in diesen Gebieten arbeitenden Institutionen, auch deutschen Institutionen - die ja vor Ort zum Teil auch vorhanden sind (Goethe-Institut, das Institut für Auslandsbeziehungen (IfA), die GTZ, die in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sehr aktiv ist, politische Stiftungen und Inter Nacionales) – koordiniert werden. Das geht nur in Deutschland. Es gibt drei unterschiedlichen Quellen, die diesen Themenbereich betreffen. Das ist einmal natürlich das Auswärtige Amt mit seiner auswärtigen Kultur-

politik. Dann ist das jetzt neuerdings das Bundeskanzleramt und klassischerweise das Bundesinnenministerium. Da gibt es auch, denke ich, Konkurrenzen und Situationen, die nicht immer von Vorteil für die Außenpolitik Deutschlands sind.

Wir haben bis jetzt über die Vertriebenen gesprochen. Wir haben über die Jugend gesprochen. Wir haben kein Wort verloren über die Aussiedler, die ja in den 60er, 70er, 80er Jahren in großer Anzahl nach Deutschland aus diesen Gebieten ausgesiedelt sind. Ich denke, auch die sollten verstärkt einbezogen werden, und das ist auch ein Appell an die Vertriebenenverbände, ich weiß, Sie tun das, aber Sie sollten das verstärkt, noch stärker tun als Sie es eh schon tun. Und was die Jugend anbelangt, das geht am besten über die Schulen. Für die Schulen sind die Bundesländer zuständig. Das heißt, man darf die Bundesländer nicht aus der Pflicht entlassen, und ich sehe, ich beobachte das mit Sorge, dass die Bundesländer sich ja am liebsten wirklich zurückzögen. Die Einrichtung der Kulturstiftung östliches Europa mit den dazugehörigen Aufgaben halte ich für sinnvoll. In den Aufsichtsgremien der Kulturstiftung östliches Europa sollten nicht nur Vertriebene, sondern Vertreter relevanter gesellschaftlicher Gruppen sitzen, Kultur, Wissenschaft, Kirchen, Gewerkschaften, international tätige Organisationen, aber auch - und das habe ich hier auch neu dazu aufgenommen - ich denke, es wäre natürlich wichtig, auch die Länder, die betroffenen Staaten mit einzuladen in dieser Stiftung mitzuwirken. Die in der Konzeption vorgenommene regionale Ausrichtung erscheint mir sehr vernünftig, wobei ich ein Problem damit habe die zentrale koordinierende Funktion, was Schlesien anbelangt, das in Görlitz anzusiedeln. Es gibt sehr viele gute Institutionen, sehr viel Erfahrung, aber auch sehr viel Betroffene, Vertriebene und Aussiedler, die leben vor allem in Nordrhein-Westfalen, in Bayern, in Baden-Württemberg. Und ich denke, es wäre ein Fehler, da herauszugehen und das in Görlitz zu konzentrieren. Das sollte man meiner Auffassung nach nicht machen. Was wichtig ist, und das gilt vor allem für Polen, wir haben in Polen seit dem 1.11. diesen Jahres die Dezentralisierung, das heißt die Woywodschaften sind selbstverwaltet, sie haben mehr Macht in den Regionen und sie sind schon daran interessiert, über Regionalgeschichte, Regionalpolitik, Regionalentwicklung zu diskutieren. Das heißt, wenn sie geeignete Partner hätten auf der deutschen Seite, die auch Vertrauen haben auf der anderen, also auf der polnischen Seite, dann könnte man gemeinsam beispielsweise an der regionalen schlesischen Geschichte arbeiten. Ich denke, das Interesse ist da.

Und noch einmal zum Ende ein Appell an die Volksparteien: Wirklich, tut Euch zusammen, und dann wird das wirklich auch außenpolitisch besser gehen.

Die Vorsitzende: Der Kulturausschuss macht das schon. Wir gehen da voran. Vielen Dank, Herr Schäpe, für diesen kreativen Beitrag. Ich finde es sehr vorteilhaft für eine Anhörung, dass und wenn in ihrem Rahmen zwei Standpunkte wirklich konfrontativ vertreten werden. Das war nun der Fall mit den Beiträgen von Frau Hriberski und Herrn Schäpe. Ich denke, das trägt zur Lebendigkeit bei und fördert natürlich auch den heilenden Prozess. Es darf keine Tabus im Denken geben. Man sollte aussprechen können, was auszusprechen ist, das ist schon ein Stück des heilenden Prozesses. Als letztes nun bitte Herr Professor Schlögel.

Herr Prof. Dr. Schlögel (Viadrina Frankfurt/Oder): Sehr verehrte Frau Vorsitzende, sehr verehrter Herr Naumann, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich zunächst auch sehr bedanken dafür, dass diese Aussprache zustande gekommen ist. Nicht nur im Sinne dessen, dass wir eine Vorlage verbessern und perfektionieren, sondern deswegen, weil - obwohl es insgesamt gesehen ja um einen relativ kleinen finanziellen Betrag geht - es politisch, kulturell und psychologisch und sozusagen für unsere Öffentlichkeit um eine außerordentlich delikate Angelegenheit geht. Ich bin froh, dass diese Aussprache stattfindet, weil die Gefahr bestand, dass sich eine Polarisierung und eine Grenzziehung fortschleppt, von der ich eigentlich glaubte, sie sei spätestens mit 1989 und den folgenden Jahren irgendwie zu Ende gegangen, nämlich eine Kultur und eine Öffentlichkeit der Lagerbildung, der wechselseitigen Verdächtigung. Ich bin weiter froh, dass wir endlich eine Situation haben, in der wir frei und offen über Dinge sprechen können auf der Höhe der Zeit und nicht in den Auseinandersetzungen der „Vor-1989er-Zeit“.

Ich möchte vorab sagen, ich bin zu dem Ergebnis gekommen, ich habe keine Schwierigkeiten mit § 96 und glaube, dass es eher darum geht, die Buchstaben des Gesetzes sozusagen mit neuem Geist zu füllen. Die Frage ist eher, sind wir heute überhaupt in der Lage, eine lebendige, nicht künstliche, nicht forcierte, nicht propagandistische, nicht reanimierende Auffassung von dem, was deutsche Kultur in den ehemaligen deutschen und Vertreibungsgebieten ist, zu formulieren, haben wir überhaupt eine solche, sind wir in der Lage, eine solche Arbeit zu tun. Ich könnte mit

§ 96 leben, und ich möchte da nicht weniger großzügig sein als Polen und Russen, die diesen Paragraphen, glaube ich, auch in Kauf nehmen, obwohl mir es manchmal seltsam erscheint, etwa wenn ich in Kaliningrad bin und die Domrestaurierungsarbeiten sehe, die zum Teil mit Mitteln des Bundesinnenministeriums finanziert werden. Da muss man sich fragen, was hat eigentlich das Bundesinnenministerium mit Kaliningrads Geoblast zu tun. Aber das ist eine Sache. Ich möchte dort nicht kleinlicher sein, als die Russen und die Polen. Der entscheidende Punkt ist, dass die Arbeit getan wird, dass die Rettung dieser bedrohten großartigen Denkmäler in Gang kommt und abgeschlossen wird.

Meine nächste Bemerkung ist folgende: Ich glaube, dass es ein Verdienst des Staatsministers ist, eine längst fällige Diskussion auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Wenn man die Arbeiten aus den 80er und frühen 90er Jahren liest, zeigt dies, dass das Problem allen damit Beschäftigten längst geläufig gewesen ist. Und es ist zunächst einfach der Verdienst, unter dem Druck der finanziellen Lage, dieses Problem auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Ich glaube, dass es eigentlich angemessen wäre, wenn die damit befasste Institutionenwelt - und da schließe ich ausdrücklich die akademische Welt ein -, sich fragen würde, warum sie eigentlich diese Probleme ständig vor sich hergeschoben hat und warum sie es in gewisser Weise dem Exekutor der höheren Gewalt überlässt, endlich diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Die Frage, um die es geht, und das ist eigentlich der Hauptpunkt meines Papiers, ist, was heißt es heute - weit nach Kriegsende -, eine lebendige Vorstellung von dem, was deutsche Kultur im östlichen Europa gewesen ist, zu pflegen, zu entwickeln, zu bewahren, als Ferment dieses neuen Europa nach 1989 ins Spiel zu bringen. Und dazu ist meine Meinung folgende: Ich glaube, dass die Organisationen im wesentlichen der Vertriebenen im Nachkriegsdeutschland - und es geht im Grunde um Nachkriegswestdeutschland, und der ganze Diskurs hier ist ein westdeutscher Diskurs - in diesen 50 Jahren ein außerordentlich kostbares System, man könnte metaphorisch sagen, von Depots, von Speichern, von Denkmälern, Bibliotheken, die Karten, Fotos, Archive umfassen, zusammengetragen haben und dass das ganz einzigartig ist, ich glaube, in Europa und in der Welt. Das hat etwas mit der privilegierten Situation der gut davongekommenen Westdeutschen zu tun, die nämlich auf der richtigen Seite der geteilten Welt zu stehen kamen, und die die Möglichkeit hatten, über 50 Jahre unter natürlich sehr großem Engagement und

Opfern eine institutionelle Struktur, einen Kosmos aufzubauen, der in der Tat einzigartig ist, und um den uns viele, die ähnliche Probleme haben, beneiden, und den wir heute, glaube ich, zugunsten Europas ins Spiel bringen müssen. Es ist eine außerordentlich kostbare, in diesen 50 Jahren entstandene institutionelle Welt, die man nicht nur unter Finanzgesichtspunkten behandeln darf. Ich würde sagen, einer der Gründe, warum ein Forscher zum Beispiel nach Deutschland geht, wenn er sich mit Mitteleuropa beschäftigt, ist, dass es hier diese Depots gibt, diese phantastischen Speicher an Archivalien, Erinnerungen und so weiter. Wir und insbesondere die Menschen im mittleren und östlichen Europa sind auf diese Speicher, auf diese Depots, auf diese konservierte Erinnerung angewiesen. Das zunächst, aber jetzt doch zu der Hauptsache.

Ich glaube, dass eine Situation eingetreten ist, und ich empfehle allen, die Ausarbeitungen der 80er Jahre und 90er Jahre zu lesen, um in aller Schärfe das zu sehen. In diesen Papieren ist von Ghettobildung, von Selbstisolation, von der Szenenbildung, von der Entwicklung der Züge einer Subkultur die Rede. Ich habe sie in meinem Papier auch zitiert. Die Tatsache ist meiner Meinung nach, dass der Hauptstrom an der lebendigen Vergegenwärtigung dessen, was deutsche Kultur im mittleren und östlichen Europa gewesen ist und als was sie im 20. Jahrhundert zugrunde gegangen ist, dass der Hauptstrom dieser lebendigen Vergegenwärtigung am institutionellen Wesen der Vertriebenenkultur vorbeigeht. Es gibt inzwischen einen lebhaften Tourismus. Es gibt eine außerordentlich erfolgreiche Produktion von Filmen, es gibt großartige Bücher. Die sind alle in gewisser Weise am Institutionenwesen der Vertriebenenkultur - ich mag diesen Ausdruck überhaupt nicht, und er wird der Sache auch nicht gerecht, aber mir fällt jetzt kein besserer ein - sie sind an diesen etablierten Formen vorbei geschrieben, gedacht, produziert worden und entfalten an diesen Institutionen vorbei ihre Wirksamkeit. Das bedeutet auch gleichzeitig, dass die These überhaupt nicht zutrifft, dass das Interesse im allgemeinen und das Interesse der Jugend im besonderen abgenommen hat. Es stimmt nicht. Es gibt eine ganz neue Generation von Leuten, die sich für diese Geschichtslandschaft interessieren, die ihre eigene Spur aufnehmen und sich kundig machen und die in der Regel und im Großen und Ganzen nicht über die Schiene der Vertriebenenkultur in diese Region gekommen sind, sondern es ist das lebhafteste Interesse daran, was aus dieser Region heute wird. Und im Versuch sich zu vergegenwärtigen, was ge-

schiebt dort, entdecken sie die deutschen und andere Spuren. Das ist eigentlich der großartige Vorgang, dass im Zuge der Neuentdeckung, der Neuerschließung, so etwas wie eine geistige und intellektuelle Neuaneignung ansteht. Und das Problem ist, dass wir alle damit gefordert sind. Man muss endlich aufhören, dieses als ein spezielles Problem der Vertriebenen anzusehen. Es geht generell darum - und das geht bis hinein in die Lehrprogramme, in den Kanon der Schulen -, was gelesen, diskutiert, geprüft, promoviert usw. wird, und es stellt sich die Frage, welchen Anteil und welches Gewicht könnte eine lebendig gedachte deutsche Geschichte im Osten Europas für das neue Europa spielen. Und von dieser Frage sind wir allesamt - und ich meine auch im speziellen die Vertriebenen bisher - überfordert. Es gibt keine befriedigende Antwort. Und ich meine generell, dass es kein Privileg gibt, dass mit dieser Frage sich nur die Vertriebenen beschäftigen müssten. Das ist der generelle Punkt, den ich hier hervorheben möchte. Und ich glaube, wenn man dieses nicht sieht, dass es nur auf ein organisatorisches Reglement bürokratischer Art hinauslaufen wird.

Zum Schluss möchte ich betonen, dass ich sehr zurückhaltend bin in den konkreten Vorschlägen, wo man Sparen kann usw. Denn ich kann mich nur äußern zu Dingen, wo ich mich auskenne. Meine Meinung dazu ist folgende: Ich glaube, dass es niemanden gibt, der einen genauen Überblick hat über das, was produziert, geleistet, was an vitalen Kräften in dieser doch historisch gewachsenen und unübersichtlichen Landschaft vorhanden ist. Und ich glaube, dass nur die Betroffenen darüber sich verständigen können, was sie bringen können für die Arbeit in diesem neuen Europa. Und dass sie sich der ganzen Verantwortung stellen müssen, und dass als ihr Sprecher in gewisser Weise, sozusagen qua Amt der Herr Staatsminister aufgetreten ist. Sie selbst müssen die Frage beantworten, was haben wir zu bieten, was können wir einbringen für diese neue Aufgabe. Das heißt, mein Plädoyer ist ganz klar, also ich traue mir jedenfalls nicht zu zu sagen, diese Institution hat sich erledigt, diese nicht; das ließe sich nur entscheiden, wenn ein - wie sagt man - Rechenschaftsbericht oder eine Bestandsaufnahme vorgelegt würde. Ich habe zu einigen Dingen auch meine Meinung. Ich bin in der Tat der Meinung, dass eine Institution, die unentwegt Broschüren produziert, die völlig unerheblich sind, dass das nicht geht. Während zugleich an einer anderen Stelle, wo wichtige Projekte unternommen werden sollen, diese nicht gemacht werden können, weil es kein Geld gibt. Das

heißt, es muss möglich sein, in aller Schärfe, dass sozusagen der Wind hineinfegt, dass in Westdeutschland - und es ist im wesentlichen ein westdeutsches Problem -, eine Evaluation dessen, was geleistet wird, gemacht wird. In Westdeutschland ist das fällig, was in Ostdeutschland schon in den letzten zehn Jahren gemacht worden ist. Und ich bin beim gegenwärtigen Stand meiner Kenntnis der Meinung - da ich kein begründetes Plädoyer für die Schließung der einen und die Weiterführung der anderen geben kann -, dass generell gelten muss, eine Deregulierung, die Inangasetzung der Kriterien von Wettbewerb, von Leistung ist erforderlich. Das hat mein Kollege schon gesagt, es gibt keine Teilung von Vertriebenen- und Nichtvertriebenenwissenschaft, sondern von guter und schlechter, von etwas, was sich behauptet und durchsetzt, was gelesen wird und was weiterführt und was nicht. Das heißt, ich plädiere sehr dafür, dass diese Verantwortung zurückgeht an jene, die sich ihr wirklich zu stellen haben, und dass man auf dieser Grundlage, glaube ich, eine gute Entscheidung fällen kann. Kurz, ich bin im Grunde sehr froh, dass das Problem auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, denn irgendwann wären wir, die damit zu tun haben, die Veranstaltungen dazu machen, die Kongresse dazu machen, die kein Geld dafür kriegen oder die doch Geld dafür kriegen, irgendwann wären wir ohnehin mit diesem Problem konfrontiert worden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Professor Schlögel, für diesen abschließenden Beitrag. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gab nach der Herausgabe des Konzepts ein gewisses Unbehagen. Dies wurde unterschiedlich artikuliert. Es gab dann ein Aufflackern einer stellenweise fast paranoiden Haltung. Es wurde Ideologie auf beiden Seiten vorgeworfen. Aber dennoch stelle ich nach dieser fast zweistündigen Anhörung fest, wir brauchen den lebendigen Diskurs. Und festgestellt wurde ferner, dass sich erstens ein Paradigmenwechsel vollzieht, dass zweitens Kontakte seit 1990 stabilisiert wurden und dass drittens eine Evaluierung überfällig ist. Die Evaluierung muss aber natürlich mit überprüfbaren Kriterien stattfinden. Des weiteren kamen einige emotionale Momente auf. Ein Defizit an Empathie wurde festgestellt bis hin zur Mitleidsunfähigkeit. Auch über diese Komponente, über dieses Phänomen muss zu reden sein. Wir haben ferner - als letztes möchte ich das sagen, bevor ich die Diskussion eröffne - über Instrumente geredet, die sehr weitreichend waren, Instrumente der Völkerver-

ständigkeit, der Kulturförderung usw. Jetzt bitte ich meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen um Wortmeldungen. Herr Kollege Koschyk.

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, man muss den hier eingeladenen Sachverständigen für ihre schriftlichen Stellungnahmen und ihre mündlichen Statements sehr danken. Und es besteht ja manchmal im Hinblick auf Anhörungen, die das Parlament durchführt, in der Welt der Sachverständigen so der Eindruck, solche Anhörungen hätten dann nur einen formalen Charakter, jede Fraktion würde ihre positionsstützenden Sachverständigen einladen und danach ändere sich sowieso nichts an der Grundauseinandersetzung, um die es geht. Ich glaube, die heute vorgetragenen Statements und auch die schriftlichen Unterlagen, die wir bekommen haben, sind eine sehr wertvolle Grundlage für die weitere Diskussion dieses Themas hier im Ausschuss.

Ich möchte dem Herr Staatsminister, bevor ich dann konkrete Fragen an die Sachverständigen richte, zwei Fragen stellen. Herr Staatsminister, Sie haben davon gesprochen, dass die Diskussion dieser Konzeption und auch der Umgang mit den Einrichtungen, um die es geht, einer der offensten Entscheidungsprozesse ist. Herr Prof. Schlögel hat es jetzt in seinem mündlichen Statement nicht so gesagt. Aber ich möchte mal hier für den Ausschuss zitieren, was er in seiner schriftlichen Stellungnahme geschrieben hat: "Aber ich muss gestehen, auch ich empfand das Papier des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien in der Form schockierend. Mein Haupteinwand vorneweg, es ist nicht zu verstehen, weshalb es nicht möglich gewesen sein sollte, in einer so delikaten Sache eine Besprechung mit den dafür Zuständigen und davon Betroffenen zu arrangieren, um die ultimatistische Art zu vermeiden und eine gute Entscheidungsbasis zu finden." Also, ich will sagen, dass ich diese Einschätzung von Herrn Prof. Schlögel teile, aber ich will auch sagen, Herr Staatsminister, dass wir sehr wohl zur Kenntnis genommen haben, dass nach der Art der Vorstellung des Papiers und den ersten Formen der Diskussionskultur, um es einmal neutral zu beschreiben, inzwischen ein sehr intensiver Dialog von Ihnen und auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit den Einrichtungen, um die es geht, stattfindet. Wir hoffen, dass es jetzt wirklich zu einem offenen Entscheidungsprozess, auch unter Beteiligung unseres Ausschusses kommt

und dass wir wirklich am Schluss doch zu einer Veränderung und einem Diskussionsprozess kommen, der zu einer Veränderung dieser Konzeption führt.

Ich habe dann noch eine Frage an Sie. Warum unterscheiden Sie so krass, Herr Staatsminister. Sie haben das ja auch im Hinblick auf das Zitieren des § 96 getan. Sie sagen, dieser § 96 wende sich an die Vertriebenen, von Landsmannschaften stehe da kein Wort. Also ich habe bislang immer den Eindruck gehabt, dass unser gemeinsames gesellschaftliches Verständnis in der Bundesrepublik Deutschland ein solches ist, dass wir großen Schicksalsgruppen und Bevölkerungsgruppen - zumal Bevölkerungsgruppen, die eine gemeinsame Leidenserfahrung haben, die Sie nie bestritten haben und die Sie auch immer im Zusammenhang mit dieser Diskussion gewürdigt haben -, dass diese Gruppen auch ein Recht haben, sich in Verbänden und Institutionen in einem gut verstandenen Sinn von bürgerlichem Engagement zusammenzuschließen. Und ich kann nicht erkennen, warum die Politik sonst immer der Meinung ist, dass es zum Beispiel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land in den Gewerkschaften einen guten Gesprächspartner gibt, für die bekennenden Christen unterschiedlicher Konfessionen in unserem Land nicht nur die Amtskirchen, sondern auch die kirchlichen Laienorganisationen ein Ansprechpartner für die Politik sind, aber im Bereich der Vertriebenen in unserem Land sagt man, da wollen wir uns gerne den Vertriebenen zuwenden, aber wir wollen nichts mit den von den Vertriebenen selbst gewählten Verbandsformen und Zusammenschlüssen zu tun haben und wollen diese aus der Kulturarbeit und ihrer staatlichen Förderung ausschließen.

An Frau Hriberski vom BDV habe ich eine Frage. Ich habe in Ihrem schriftlichen Papier, Frau Hriberski, mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie sich auch zu möglichen Einsparungen und auch zu möglichen Verschlankungen geäußert haben. Sie haben gesagt, es gibt ein Einsparpotenzial im Bereich der Verwaltungskosten. Sie haben davon gesprochen, dass man Verwaltungsaufgaben auslagern und bündeln kann bei einer oder wenigen Institutionen. Und Sie haben davon gesprochen, dass es ein Eckpunktepapier des Haushaltsreferates des Bundesministeriums des Innern für die Zuwendungsverfahren im Projektbereich gegeben hat, wo Vorschläge gemacht worden sind, die zu starken Einsparungseffekten geführt hätten, dass aber nach Wechsel der Ressortzuständigkeit vom Bundes-

ministerium des Innern an den Kulturbeauftragten dieses Eckpunktepapier des Haushaltsreferates des BMI, das auch, wie Sie schreiben, mit den Institutionen erörtert worden ist, nicht mehr aufgegriffen worden ist. Vielleicht sagen Sie etwas zu diesem Eckpunktepapier. Sie haben dann problematisiert in Ihrem Papier die Verringerung der hauptamtlichen Kulturreferenten. Vielleicht könnten Sie auch dazu etwas sagen. Herr Prof. Ortowski hat diese Kulturreferenten ja in seinem Papier als Programmisten titulierte oder hat gefordert, sie müssten Programmisten sein. Vielleicht sagen Sie noch ein bisschen ergänzend, wie sich die Arbeit dieser Kulturreferenten vollzieht. Sie haben sich dann in Ihrem Papier dafür ausgesprochen, übrigens auch andere Sachverständige, statt einer neuen Kulturstiftung "Östliches Europa" doch der Frage nachzugehen, ob es nicht bereits jetzt übergreifende Einrichtungen gibt, die die Tätigkeit einer solchen in der Konzeption vorgesehenen Neueinrichtung übernehmen könnten. Und ich würde gerne von Ihnen noch etwas dazu hören, weil ja auch immer so der leichte Vorwurf im Zusammenhang mit Erörterung dieser Konzeption gemacht wird, hier handle es sich um Vollfinanzierung einer Erinnerungskultur durch den Steuerzahler. Vielleicht können Sie auch etwas sagen über Eigenengagement im Bereich der Organisationen und Verbände auch im Hinblick auf eigene Mittelaufbringung, weil mein Eindruck immer war, dass es sich bei der Projektförderung um eine Fehlbedarfsfinanzierung handelt, wo die einzelnen Einrichtungen auch Eigenmittel aufbringen müssen.

An Herrn Dr. Becher habe ich die Frage, wie auch an Herrn Prof. Schlögel, ich will es gleich verbinden. Sie haben eine Bestandsaufnahme angemahnt und sagen, das Problem des Papiers ist es, dass es keine umfassende Bestandsaufnahme gibt. Ich glaube, wir brauchen eine solche Bestandsaufnahme auch für die weitere Erörterung der Materie hier im Ausschuss, auch die Frau Vorsitzende hat darauf hingewiesen. Meine Frage wäre, ob Sie uns in einigen Punkten Gliederungsansätze für eine solche Bestandsaufnahme nennen können. Was muss aus ihrer Sicht, um wirklich umfassend den Vorgang transparent zu machen, auch nachvollziehbar zu machen, in einer solchen Bestandsaufnahme enthalten sein. Und ich habe noch eine Frage an Sie, Herr Dr. Becher, würden Sie der These von Prof. Schlögel zustimmen, dass das von ihm beschriebene und ja allgemein nicht zu leugnende, gewachsene Interesse an den Heimatregionen der Vertriebenen - Filme, Massentourismus, sehr gute Bücher - dass dieses allgemein gesellschaftlich gewachsene Interesse an diesen

Regionen und ihrer Kultur und Geschichte, wie Herr Prof. Schlögel das ausgedrückt hat, völlig an der institutionellen Landschaft, die nach § 96 gefördert wird, vorbeigeht bzw. weitgehend vorbeigeht, um Sie korrekt zu zitieren.

An Herrn Klarer habe ich die Frage, können Sie etwas über die Entwicklung ...

(Zwischenrufe)

Vorsitzende: Ich weise darauf hin, dass die Spielregeln zu Beginn der Anhörung definiert wurden. Natürlich kann der Kollege Koschyk die Fragen stellen, und wir wollen uns hier gar nicht den üblichen Rastern unterwerfen, wie wir sie aus dem Plenum kennen. Allerdings weise ich darauf hin, dass wir nur noch eine Stunde zur Verfügung haben und dass wir deshalb gut strukturiert vorgehen müssen. Bitte stellen Sie Ihre Fragen in aller Kürze, dann werden sie auch ganz beantwortet.

Abg. Koschyk: Also, ich meine auch, Frau Vorsitzende, dass wir uns im Hinblick auf die öffentliche Diskussion dieses Vorgangs schon Zeit nehmen sollten, diesen Vorgang auch hier ausführlich im Ausschuss zu besprechen. Ich verstehe die Unruhe bei anderen Fraktionen nicht.

Herr Klarer, vielleicht können Sie etwas, weil Sie besonders die jugendliche Komponente hier in dieser Förderlandschaft vertreten, zur Fördersituation Ihres Verbandes sagen. Welche Maßnahmen werden von Ihnen gefördert? Sie haben sich ja auch an alle Fraktionen des Parlamentes wegen in einem großen Maß abgelehnter Förderanträge für konkrete Jugendprojekte gewandt.

An Herrn Prof. Ortowski habe ich die Frage, wie könnte es denn gelingen, dass die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern aus Polen, aus Tschechien, aus anderen mitteleuropäischen Ländern mit diesen Einrichtungen sich weiter gut entwickelt. Sie haben ja beeindruckende Einzelprobleme genannt. Herr Staatsminister, ich habe vorhin schon den Zuruf gemacht "Hört, hört". Also es scheint bei dem Haus Oberschlesien in Hösel nicht nur darum zu gehen, wie viel Leute dorthin gehen, sondern auch um wissenschaftliche Kooperation mit anderen Ländern, und die hat Herr Professor Ortowski in seinem Statement ausdrücklich gewürdigt. Aber Herr

Professor Ortowski, was könnte man denn tun, um diese Einrichtungen stärker in die Wissenschafts-Community in Deutschland einzubinden. Ist dies nicht schon teilweise der Fall, wenn ich an das Eichendorff-Institut in Haus Hösel denke, das ja eine institutionelle Zusammenarbeit mit der Uni Düsseldorf hat und - wenn ich mir das mal so erlauben darf zu sagen - an die Tatsache, dass doch ausgewiesene Wissenschaftler in den verschiedenen Einrichtungen und ihren Gremien und in den wissenschaftlichen Beiräten sitzen. Also dass das Bild doch nicht zutrifft, hier hätten wir amateurhafte Wissenschafts- und Kultureinrichtungen, die fern jeder Überprüfung wissenschaftlicher Standards arbeiten. Wenn ich mir die Besetzung der Gremien dieser Einrichtungen - gerade auch durch die deutsche Wissenschaftslandschaft - ansehe, glaube ich, ist das nicht gerechtfertigt. Aber die Frage, Herr Prof. Ortowski, wie kann das besser geschehen?

Und jetzt die letzte Frage an Herrn Prof. Schlögel. Herr Prof. Schlögel, ich bin Ihnen sehr dankbar - das als kurze Vorbemerkung -, dass Sie darauf hingewiesen haben, ich darf es mal salopp sagen, dass jetzt durch diese Konzeption das Pulver nicht neu erfunden wird, sondern dass es in der Tat seit den 80er und 90er Jahren den Versuch gibt, sich konzeptionell mit dem Problem auseinander zu setzen, wie man die Grundlage und die Aufnahme der Ergebnisse dieser Kultureinrichtungen in der gesamten Bevölkerung popularisieren und verbreitern kann. Es hat in der Tat eine ganze Reihe von konzeptionellen Vorarbeiten aus den 80er und 90er Jahren gegeben. Und was ich immer begrüßt habe, dass es uns in den letzten Legislaturperioden des Bundestages - ich war immer Berichterstatter für diese Konzeptionen - seit 1990 gelungen ist, fraktionsübergreifend diese Konzeptionen zu würdigen. Aber ich habe jetzt eine Frage an Herrn Prof. Schlögel. Sie haben zu Recht davon gesprochen, dass der Diskurs über diese Landschaft ein westdeutscher Diskurs sei. Meine Frage an Sie, was sind Ihre Erfahrungen, auch durch Ihre Lehrtätigkeit an der Viadrina bzw. aus Ihrer Beschäftigung mit diesem Gegenstand in den östlichen Bundesländern. Es sind ja Einrichtungen in den östlichen Bundesländern vorgesehen, Greifswald, Görlitz. Aber was könnte getan werden, um dem auch nach meiner Beurteilung gewachsenen Interesse in den westlichen Bundesländern an diesem Gesamtkomplex durch eine entsprechende Förderpraxis entgegenzukommen? Denn, ich glaube, darüber sind wir uns einig, dass vor allem auch diese Regionen - wenn ich an Mecklenburg-Vorpommern denke, an Brandenburg, an

Sachsen - natürlich in ganz besonderer Weise geeignet sind, auch eine Brückenfunktion zu dem polnischen und tschechischen Nachbarn einzunehmen.

Vorsitzende: Als nächstes Frau Schröter.

Abg. Schröter (SPD): Ich würde ganz einfach im Interesse der so umfangreich gestellten Fragen bitten, dass wir darauf antworten, damit wir nicht noch mal bestimmte Fragen stellen. Und ich denke, es ist auch für die Experten ganz einfach besser.

Vorsitzende: Gut, wollen wir so verfahren? - Da müssen wir jetzt bei den anderen Kollegen mal hören.

Abg. Dr. Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen): Also, da bin ich jetzt wirklich dagegen. Wenn auf diese 10 bis 15 Fragen vom Podium ausführlich geantwortet wird, hat kein anderer mehr eine Gelegenheit zu fragen. Das finde ich nicht sehr klug.

Vorsitzende: Gut, Einverständnis? Dann verfahren wir so. Das Wort Frau Schröter.

Abg. Schröter (SPD): Ja, also wenn das so ist, dann stelle ich natürlich auch meine Fragen, das war klar. Ich möchte ganz einfach sagen, dass mir der Konsens der Experten hier bei der heutigen Anhörung doch sehr wichtig war. Und ich denke, es ist für uns auch eine Anregung als Parlamentarier, dass wir versuchen, diesem Konsens zu folgen und dass wir hier weitere Gespräche führen. Herr Kollege Koschyk, ich war auch mal Berichterstatterin. Und wir haben ja seit 1990 auch den § 96 als Berichterstatter im Innenausschuss bearbeitet. Ich denke schon, dass es auch in Vorbereitung auf die heutige Anhörung gemeinsame Gespräche gegeben hat. Also, es ist nicht so, dass es sie - wie Sie angedeutet haben - nicht gegeben hätte. Um so wichtiger, finde ich, ist die heutige Anhörung. Und was ich als Resümee für mich sehr gut fand war, dass von allen bestätigt wurde, dass der § 96 als Mittel der Völkerverständigung betrachtet werden soll. Und hier denke ich, in dieser Anregung fand auch das vorgelegte Konzept der Bundesregierung bzw. des Staatsministers Bestätigung. Was für mich sehr interessant war, Herr Dr. Becher, war Ihre Begrifflichkeit, Ihre Klärung der Begrifflichkeit, weil ich das immer wieder erlebe, dass man etwas oberflächlich in Begrifflichkeiten ist und damit für Irritationen sorgt. Ihre Klärung der Be-

griffligkeit Osteuropa, Mitteleuropa - das hat mich auch sehr interessiert - fand ich sehr wichtig. Der Hinweis, Herr Klarer, dass Sie gesagt haben, man solle mehr an die Jugend denken, ich denke, das wissen wir, das wurde auch schon selbst festgestellt, dass hier in dem Konzept noch nachgearbeitet werden muss. Wie geht es weiter mit der Jugendgeneration, die in Zukunft hier eine bestimmte Rolle zu spielen hat. Ich denke, der neue Ansatz ist für uns alle ein wichtiger, und er bietet auch einen neuen Ansatz auf der wissenschaftlichen Ebene.

Und jetzt kommen meine Fragen. Als erstes an Herrn Schlögel. Herr Prof. Schlögel, ich komme aus Ostdeutschland und ich unterstütze Feststellung, dass diese Diskussion, die bis jetzt hier geführt worden ist, sicherlich keine ostdeutsche Diskussion ist. In Ostdeutschland gibt es eine ganz andere Erlebnisgeneration, und hier gibt es andere Erfahrungen und einen ganz anderen Ansatzpunkt. Ich möchte aber zwei Fragen konkret stellen: Können Sie in einer Zuordnung der nach § 96 geförderten Kultur, soweit sie in Herkunftsregionen bzw. im Austausch mit den zur auswärtigen Kulturpolitik sind, einen geeigneteren Raum dafür finden? Und dann bitte ich Sie um eine Konkretisierung Ihres Hinweises, dass der auswärtigen Kulturpolitik in diesem Zusammenhang breiter Raum eingeräumt werden sollte und Ihrer Aussage, dass die Kultur der Vertriebenen in den Strom des modernen Denkens zurückgeholt werden kann. Das war für mich von großem Interesse.

Und an Frau Hriberski möchte ich mich ebenfalls mit einer Nachfrage wenden. Ich meine, ich muss schon sagen, dass mir einiges an Ihren Stellungnahmen etwas befremdlich war, vor allen Dingen als Sie von Abbruch gesprochen haben. Wie stehen Sie selber zu diesen vorgeschlagenen Evaluierungen? Wo würden Sie die selber auch vorschlagen in Ihrem Bereich? Sie haben ja selber darüber gesprochen. Und was mir ein ganz großes Bedürfnis ist, und das hat wieder was mit Ostdeutschland zu tun, ich kenne in der ostdeutschen Funktionärssebene, die vor allen Dingen in den Vertriebenenverbänden aufgetreten sind, einige, die sicherlich wahrscheinlich auch nicht Ihre Unterstützung finden. Und wenn ja, wie gedenken Sie da weiter Einfluss darauf zu nehmen?

Vorsitzende: Dann Frau Dr. Vollmer.

Abg. Dr. Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe fünf Fragen. Die erste möchte ich kurz begründen und ich möchte sie stellen an Herrn Schäpe, an Herrn Klarer und an Herrn Becher. Wir diskutieren jetzt um gewisse prozentuale Kürzungen. Aber wir tun das Ganze natürlich auf einem Hintergrund, wo sich die Gelder, die in diesem Bereich flossen, von 8 Mio. 1982 auf 54 Mio. 1997 erhöht haben. Das ist also eine Steigerung um fast das Siebenfache. Bis 1982 sind mit wenig Geldern genau diese kostbaren Depots, von denen Herr Schlögel gesprochen hat, entstanden. Ich möchte also jetzt die drei Genannten fragen, ob sie die 16 Jahre, die es zwischendurch gegeben hat, als fulminante qualitative Steigerung dieser Kulturarbeit empfunden haben, die diesen Zuwachs an Geld gerechtfertigt hätte. Ich wollte selber sagen, dass aus dem, was ich habe erkunden können, es teilweise schon so gewesen ist, dass Organisationen regelrecht im Geld geschwommen sind und dann geguckt haben, wo sie das dann noch unterbringen können. Dass es also nicht so war, dass die Qualität der Kulturarbeit das gebracht hat, sondern dass dahinter ganz klare politische Entscheidungen getroffen sind und wir jetzt gucken müssen, wie wir - und das ist der zweite Punkt - wie wir wirklich eine Leistungsüberprüfung hinkriegen. Denn es handelt sich ja nicht nur um eine Sparzeit, sondern es handelt sich um das Verhältnis von öffentlichen Geldern, nicht privat rekrutierten Geldern aus dem Kreis der Betroffenen, sondern um öffentliche Gelder mit einer bestimmten Leistung und zwar einer bestimmten Leistung im Kulturbereich. Es sind also keine Gelder der politischen Bildung oder so, sondern Gelder im Kulturbereich. Und dazu möchte ich also wissen, wie man das überhaupt überprüfen kann. Das ist eine sehr interessante Frage. Wenn man ein Museum hat, ist es für mich eine gewisse Leistungsüberprüfung, wie viel Besucher dieses Museum anzieht. Also ich würde zum Beispiel Herrn Kramer da auch bitten, mal zu sagen, welche Leistungskriterien er sich vorstellen kann. Herrn Klarer möchte ich fragen, wenn man im Jugendbereich arbeitet, dann hat man eine Leistungsüberprüfung durch die Fülle der Maßnahmen, durch die Menge der Jugendlichen, die man erreicht oder die man nicht erreicht. Wenn man Broschüren herstellt, kann man überprüfen, ob diese Broschüren immer wieder dasselbe, in immer derselben Formulierung bringen oder ob sie wirklich wissenschaftlich erarbeitet sind. Wenn eine Gruppe Preise aussetzt, um überhaupt das Geld los zu werden, hat man gewisse Zweifel, ob dafür öffentliche Gelder eingesetzt werden müssen.

Dritter Punkt, da möchte ich Frau Hriberski fragen, nämlich - das ist ja das Heikle an diesem ganzen Thema - es handelt sich tatsächlich um eine Vermischung von Kulturarbeit und politischer Arbeit. Also, eine typische Schnittstelle zwischen Kultur und Politik. Ich habe schon vor einiger Zeit gesagt, wir hätten lange nicht das Problem, wenn die Vertriebenenverbände selbst sich zu Kulturverbänden umgeformt hätten, was meines Erachtens 50 Jahre nach 1945 genau das richtige Signal gewesen wäre. Aber die Vertriebenenverbände haben diesen Schritt nicht getan, und deshalb möchte ich Sie nach den Gründen dafür fragen. Es wäre nämlich eine ungeheuer vertrauensschaffende Maßnahme. Dann wären Sie ein Kulturverband der Egerländer, der Böhmer, bestimmter Regionen, dann würde man Ihnen das auch mehr abnehmen, dass es wirklich vorrangig um Kulturarbeit geht. Es geht aber immer um eine Mischung von beiden und wenn es zum Beispiel ein Museum war, dann weiß doch jeder, man kann es auch deutlich sagen, dass es um Funktionärszugehörigkeit ging, um diese Stelle zu bekommen, dass nicht frei ausgeschrieben wurde, wer hat Museumspädagogik gemacht, wer ist der beste Wissenschaftler in dem Bereich. Also, und insbesondere in einer Situation, die diese Doppelung von beiden, also der politischen, auch Agitationstätigkeit und der Kulturarbeit gar nicht kannte, nämlich die neuen Länder. Zu der neuen Situation nach 89 gehörte ja, dass man in diesen Ländern die Vertriebenenmentalität gar nicht kannte, auch die Vertriebenenvereinsmentalität gar nicht kannte, dass man in denen etwas neu aufgebaut hat. Und mein Eindruck ist, Frau Hriberski, dass Sie in diesen Ländern gerade nicht Kulturarbeit, die Sie da wenigstens hätten machen können, sondern dass Sie vorrangig politische Arbeit aufgebaut haben über diese Gelder. Und das müssen wir klären, weil ich glaube, da hat nun auch wirklich der Bundesbürger, der diese Gelder gibt - und Herr Schäpe sollte dazu auch etwas sagen - und für den wir sie verantworten, der hat schon ein Recht zu wissen, werden für Kultur ausgewiesene Gelder wirklich für Kultur ausgegeben oder für etwas anderes. Und das kann man nur entweder von den Verbänden selber endlich klarstellen oder wir müssen es überprüfen. Und in dem Sinne hängen eben auch öffentliche Gelder und Personalpolitik sehr eng zusammen. Und das heißt, es muss freie Ausschreibungen geben, wenn bestimmte Stellen ausgewiesen werden, und man darf gerade die nicht über parteipolitisch oder verbandspolitisch vorgegebene Filter nur erreichen dürfen. Also das gehört, glaube ich, zu den neuen Aufgaben.

Und Herrn Schlögel eine letzte, fünfte Frage. Ich habe das ja genauso empfunden, das neue Interesse für das Vertreibungsthema einerseits und das neue kulturelle Interesse an Gebieten Ost- und Mitteleuropas andererseits. Und ich fand das sehr interessant, dass Sie gesagt haben, das war sozusagen offen, da gab es auch eine gewisse Beschämung bei vielen Leuten, dieses Thema so beiseite gestellt zu haben. Und es hätte in dieser Zeit auch eine große Dialogmöglichkeit zwischen den Vertriebenen, die endlich sehen, man will unser Thema hören - Herr Becher hat ja auch darüber gesprochen - und diesem neuen Interesse geben können. Was ist genau passiert, dass sich diese Milieus also fast Hundertprozent scheiden, dass sie nichts mehr miteinander zu tun haben. Das heißt, dass man einerseits ein großes Aufblühen des allgemeinen Interesses an dem Vertreibungsthema hat und ein großes Aufblühen des allgemeinen Interesses an der Kultur dieser Länder, aber fast mit Gesetzmäßigkeit dann dazu kommt, dass man das über die Kulturinstitutionen der Vertriebenen gerade nicht befriedigt. Jedenfalls, wenn man aus Deutschland kommt und dieses Interesse hat. Ein bisschen anders, und das hat der Herr Becher gesagt, ist es in den anderen Ländern. Da entstehen die Dialoge auch gerade mit diesen Verbänden. Aber was wir nötig brauchen, ist ein Aufbrechen dieser Situation hier im Lande selber, und da weiß ich im Moment überhaupt noch keine Lösung. Meine Versuche, diesen Dialog hier anzufangen, finde ich, muss ich schon sagen, die sind relativ gescheitert. Also, es wäre schön, wenn Sie dazu auch noch mal etwas sagen könnten. Danke schön.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Vollmer. Als nächstes haben wir Herrn Prof. Fink. Sie haben das Wort.

Abg. Prof. Dr. Fink (PDS): Ja, ich teile natürlich das Lob für die entsprechenden Kolleginnen und Kollegen, die hier präsentiert haben, und möchte das Lob eigentlich nur noch vermehren, hätte aber zur eigenen Verständigung doch noch drei Fragen. Frau Hriberski, Sie finden in der Konzeption des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien nicht das einheitliche Ganze wieder. Das ist für mich ein Schlüsselwort. Was ist für Sie das einheitliche Ganze dieser Kultur? Wie würden Sie es formulieren als einheitliches Ganzes? Ich glaube, hier scheiden sich einfach die Geister. Und würden Sie sich zum Beispiel in der ent-

sprechenden Umformulierung des § 96, wie sie Herr Kramer vorgenommen hat, auch wiederfinden? Da waren ja ein paar Stichworte hochmoderner Entwicklung dabei.

Herr Becher, Sie haben bei dem Paradigmenwechsel angesetzt, wo ich meine, genau da ist also der Schlüssel anzusetzen. Aber ist der Paradigmenwechsel denn nicht eigentlich fast eine Erübrigung des § 96. Sie haben ein paar Verbesserungen gemacht, aber damit haben Sie eigentlich den Paradigmenwechsel ziemlich relativiert.

Herr Schlögel, es hat mich sehr beeindruckt, und ich muss Ihnen auch gestehen, dass die Frage der Kultur natürlich auch ein Prüfstand für die Wissenschaft ist. Sie haben ein Stichwort erwähnt, wo natürlich bei jedem ostdeutschen Wissenschaftler ein rotes Lämpchen aufgeht, das ist die Evaluierung. Ich hoffe nicht, dass also bei der Kultur ähnliche Maßstäbe angesetzt werden, wie bei ostdeutschen Wissenschaftlern mit der Evaluierung. Können Sie noch mal sagen, was sind denn für Sie die Kriterien für diese Evaluierung. Ich kann Frau Vollmer in vielem zustimmen, bitte aber wirklich um Differenzierung. Die einzelnen Vertriebenenverbände haben in den neuen Bundesländern natürlich auch verschieden agiert. Sie werden sich wundern, ich bekenne mich zum bessarabischen Heimatvertriebenenverband. Und mein Heimatvertriebenenverband hat also sehr intensiv eine diakonische Arbeit für die Deutschen in Moldawien intensiviert und vor allen Dingen die entsprechende Umsiedlung der Deutschen in die deutschen Gebiete sehr intensiv vorbereitet. Sie haben absolut in keiner Weise versucht, sich selbst zum Thema zu machen, sondern sie haben wirklich die Deutschen, die es noch in Russland gibt angesprochen. Und das müsste man bedenken, dass natürlich auch die Frage der Kultur auch immer die Frage der Sprache ist. Und die Sprachkultur hat eigentlich in der gesamten Anhörung kaum eine Rolle gespielt. Vielleicht könnte Herr Kollege Kramer zu diesem Problem noch mal Stellung nehmen.

Vorsitzende: Vielen Dank, Kollege Professor Fink. Frau Steinbach.

Abg. Steinbach (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Runde war in dem, was vorgetragen wurde, wirklich beeindruckend. Und wenn ich mir vorstelle, eine solche Diskussion hätte vor 15 Jahren stattgefunden, sie

hätte nicht in dieser Qualität, sie wäre da nicht möglich gewesen, weil Emotionen hochgekommen wären, die außerhalb der Rationalität dann angesiedelt waren. Und vor dem Hintergrund war das Konzept, auch wenn ich es sehr stark kritisiert habe, war das Konzept, das Herr Staatsminister Naumann vorgelegt hat, für die Thematik insofern hilfreich, als sich viele kluge, intelligente Menschen und kluge Köpfe mit der Thematik beschäftigt haben. Und man konnte es in den vergangenen Wochen ja feststellen, dass es durch den deutschen Blätterwald ging. Dieses Thema ist kein Thema der Vertriebenen, das ist auch mehrfach angesprochen worden, sondern es ist im Grunde genommen ein gesamtdeutsches Thema, ja es ist ein europäisches Thema. Zwei Themenkreise überlappen sich zwangsläufig dabei. Das ist auf der einen Seite die Menschenrechtsfrage und der Umgang damit und auf der anderen Seite die Thematik, die wir heute behandeln, die Kultur, die Bewahrung der Kultur, Lebendigerhalten, Fördern der Kultur auf vielfältige Art und Weise. Es kommt eine Vokabel in dem Papier vor, die mich im Moment, als ich Sie gelesen habe, stutzig gemacht hatte. Es hieß darin entprivatisieren. Diese Aufgaben dieses gesamten Themenkreises. Und das hat mich nachdenklich gestimmt, weil natürlich die Kultur, die entprivatisiert wird, wird verstaatlicht in diesem Falle. Meine Frage jetzt an Herrn Prof. Schlögel. Herr Prof. Schlögel, Sie haben sich mit der Thematik Vertreibung mehrfach beschäftigt. Das heterogene Bild, das sich mit dem Thema Vertreibung beschäftigt - ich sage auch nicht die Kulturarbeit der Vertriebenen, weil das verkehrt ist, und ich glaube, weil das auch der Gesamtaufgabe und dem Gesamtanliegen nicht gerecht wird. Sie sagen, es geht - oder habe ich Sie missverstanden - es geht an vielen Dingen einfach vorbei. Oder geht die Wissenschaft an dem vorbei, was von den Vertriebenen selber empfunden wird, erlebt wurde und weitergetragen wird? Wenn Sie mir das noch einmal definieren könnten. Dieses aneinander Vorbeireden, -sprechen oder -empfinden auch.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Steinbach. Als nächstes Frau Krüger-Leißner.

Abg. Krüger-Leißner (SPD): Also, ich denke, wir haben ja jetzt schon eine Vielzahl von Fragen gehört. Ich will nur noch eine stellen. Die hängt auch damit zusammen, dass ich mich zunächst erst mal bedanken möchte. Für mich war die Anhörung heute noch mal ein Qualitätssprung. Ich bin relativ neu. Ich bin keine Fachfrau, kein Fachmann. Also, hier sitzen wirklich Profis auf diesem Feld. Ich habe mich dort einge-

arbeitet und habe heute viele neue Erkenntnisse gewonnen durch Ihre Ausführungen. Für mich ist noch mal eine Frage interessant, und die würde ich sehr gerne Frau Hriberski stellen. Deutlich ist geworden, dass wir in der Kulturförderung eine stärkere Umorientierung haben auf die verständigungspolitischen Aspekte. Wie könnten Sie sich vorstellen, wie kann sich das in konkreten Maßnahmen und Projekten aus Ihrer Sicht zeigen?

Vorsitzende: Letzte Wortmeldung, Kollege Kubatschka.

Abg. Kubatschka (SPD): Ich habe zuerst eine Frage an Frau Hriberski. Museen werden auch danach beurteilt, nicht nur wie sie wissenschaftlich arbeiten, sondern auch wie viel Besucher sie haben. Und deswegen die konkrete Frage. Sie haben da ja sicher als Interessenvertreterin einen klaren Überblick. Welche Besucherzahlen weisen die aufgeführten Museen, die Bibliotheken und die Archive auf und welches sind die Forschungsleistungen dieser Museen, Archive und Bibliotheken? Und in welchen anerkannten wissenschaftlichen Zeitschriften sind die veröffentlicht? Können Sie da einen Überblick geben? Wenn Sie es jetzt nicht können, würde ich bitten, das doch dem Ausschuss nachzureichen.

Dann hätte ich auch eine Frage an den Herrn Becher. Ihr Verein spricht auch davon, dass er wissenschaftlich arbeitet und forscht. In welchen international anerkannten Journalen, in Wissenschaftsjournalen, haben Sie veröffentlicht die letzten fünf Jahre? Sie können eine Veröffentlichungsliste nachreichen. Ich bitte nicht um Veröffentlichungen in Vertriebenenzeitungen oder in anderen Zeitungen, sondern wissenschaftlichen Standard hätte ich gerne, da Sie sich ja auf Forschung berufen, wo die stattgefunden haben. Und haben Sie einen Überblick - weil auch die anderen Institute immer Forschung anführen, und ich bin sehr für Forschung - wo die veröffentlicht haben und wie groß die Veröffentlichungsanzahl ist? Wenn nicht, würde ich Sie bitten, mir das nachzureichen oder der Bund der Vertriebenen. Da Sie ja diese Forschung so hervorheben, werden Sie doch sicher die Unterlagen haben, weil das für mich ein gewisser objektiver wissenschaftlicher Bewertungsmaßstab ist.

An Herrn Kramer und Herrn Ortowski möchte ich die Frage stellen, wie können Sie sich eine Evaluierung dieser Einrichtungen vorstellen. Der Herr Kollege hat schon vor

uns gesagt, die DDR-Forschung wurde evaluiert, und es wurden daraus Konsequenzen gezogen. Ich halte es für notwendig eigentlich, dass sich wissenschaftliche Einrichtungen laufend evaluieren oder zumindest in gewissen zeitlichen Intervallen. Und das ist inzwischen üblich in der Forschungslandschaft. Wie würde aus Ihrer Sicht das am besten zu managen sein, so eine Evaluierung bzw. so eine Bewertungskommission? Ich würde auch vor allem, und das war zum Beispiel bei der deutschen Forschungslandschaft, ausländische Experten mit dabei haben, weil die dann das vielleicht viel weniger mit einer Brille sehen und weniger befangen sind, wie es ja auch in der Forschungslandschaft vorkommt.

Vorsitzende: Vielen Dank, das war die letzte Wortmeldung, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben 35 Minuten, wir haben sieben Experten, jeder hat fünf Minuten. Wir beginnen, da sie die meisten Fragen zu beantworten hat, mit Frau Hriberski. Danach dann der Herr Staatsminister und dann geht es der Reihe nach weiter. Am Ende würde ich vorschlagen, sollte Dr. Becher Stellung nehmen. Also, beginnen wir, ohne lange weitere Vorrede, Frau Hriberski.

Frau Hriberski (Bund der Vertriebenen): Danke schön. Ich hoffe, ich werde keine der Fragen vergessen. In fünf Minuten alle Fragen, ich werde mich bemühen.

Einsparpotenzial im Verwaltungsbereich, also erfahrungsgemäß ist da das größte Einsparpotenzial. Im Zeichen der technischen Möglichkeiten ist es zum Beispiel möglich, gewisse Verwaltungsfunktionen und Verwaltungsarbeiten auch auszulagern. Sie können zum Beispiel zentral von einer Organisation wahrgenommen werden. Das sind zum Beispiel Lohn- und Gehaltsberechnungen, die Buchhaltung, Schreibarbeiten, Zentrale. Alles mögliche können Sie eigentlich auslagern und zentral - auch an anderen Orten - von einer Institution durchführen lassen. Das bringt erfahrungsgemäß viel Einsparpotenzial, weil Sie nicht so viel Personal vorhalten müssen. Denn letztendlich machen wahrscheinlich bei allen Organisationen die Personalkosten den größten Brocken aus. Und hier gilt es eben ein vernünftiges Verhältnis zwischen den Ausgaben von Personalkosten, den reinen Verwaltungsausgaben und dann den Mitteln zu finden, die für den operativen Bereich zur Verfügung stehen. Denn es kann keinesfalls so sein, dass Sie sehr hohe Personal-

ausgaben haben, aber letztendlich wenige Bewegungsmittel, nichts publizieren können, keine Tagungen durchführen können usw. Aber am einfachsten natürlich - wenn man das Arbeitsrecht hier betrachtet, wo es sehr schwierig ist, auch vorhandene Arbeitsverträge zu kündigen - ist es zunächst einmal, mit dem Verwaltungsbereich anzufangen.

Herr Koschyk, Sie haben das Eckpunktepapier angesprochen. In der Tat ist es so, dass das Bundesinnenministerium, solange es noch die Zuständigkeit hatte für den Bereich des § 96, sich bemüht hat, hier also auch zu einem Einsparpotenzial zu kommen. Das Haushaltsreferat des BMI hat im August vorigen Jahres ein Eckpunktepapier vorgelegt und mit uns besprochen, auch mit einzelnen Vertretern der Landsmannschaften. Und zwar hat es dieses Eckpunktepapier auch so rechtzeitig vorgelegt, dass wir dazu auch gehört werden konnten. Wir haben auch für unseren Bereich diese Umfrage gemacht. Nach dem Zuständigkeitswechsel zum Bundeskanzleramt - zu dem Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien - haben wir uns noch mal erkundigt, was daraus geworden ist. Man hat uns mitgeteilt, dass zur Zeit geprüft würde - das war im Januar -, ob das wieder aufgenommen wird und man sich an uns wenden wird. Dazu ist es bislang nicht gekommen.

Sie haben nach den Kulturreferenten gefragt. Wenn ich das richtig im Kopf habe, werden zur Zeit noch etwa neun Kulturreferenten gefördert. Es sollen dann wohl in Zukunft vier werden. Sie haben auch nach dem Anteil der Finanzierung gefragt. Es ist richtig, dass es sich nicht um eine Vollfinanzierung handelt - auch nicht bei den Kulturreferenten -, sondern da gibt es nur noch seit einiger Zeit einen pauschalen Zuschuss zu den Personalkosten sowie zu den Sachkosten, so dass wir davon ausgehen müssen, dass die Zuwendungsempfänger, das sind in diesem Falle die Landsmannschaften, auch einen ganz erheblichen Eigenbeitrag dazuzahlen müssen. Dasselbe gilt im übrigen auch für die Projektmaßnahmen, die im Wege der Projektförderung für grenzüberschreitende Kulturarbeit gewährt werden. Auch das ist eine Fehlbedarfsfinanzierung. Da müssen etwa nach den Richtlinien, die das Referat auch ausgegeben hat, rund ein Drittel der Kosten selbst aufgebracht werden. Von Vollfinanzierung kann demnach keine Rede sein. Soweit dazu.

Ihre Frage, Frau Schröter, nach der Evaluation, was ich da vorschlage. Also ich bin der Meinung, dass es in einem freien Wettbewerb notwendig ist - und Konkurrenz belebt das Geschäft -, dass alle Organisationen, alle kulturellen Einrichtungen hier also auf ihre Arbeitsergebnisse hin und auf die Effizienz ihrer Arbeit hin überprüft werden sollten. Das sollte vernünftig sein, das sollte auch durch Fachleute geschehen. Und es sollte nicht nur unter - wie soll ich mal sagen - unter bürokratischen Gesichtspunkten geschehen. Also, damit will ich nicht sagen, dass nicht die Haushaltsrichtlinien eingehalten werden müssen, sondern dass es notwendig ist. Es handelt sich ja hier immerhin um Steuergelder, und für die Verwendung der Steuergelder müssen die Zuwendungsempfänger auch gerade stehen. Nach der Bundeshaushaltsordnung müssen öffentliche Mittel sparsam und wirtschaftlich ausgegeben werden. Soweit mir bekannt ist, bemühen sich alle darum, aber das kann immerhin nachgeprüft werden. Denn deswegen bin ich sehr dafür, dass sämtliche Einrichtungen überprüft werden. Der Bund der Vertriebenen ist im übrigen auch überprüft worden. Und soviel mir bekannt ist, ist auch das Bundesverwaltungsamt, welches ja in vielen Dingen auch für die Verwaltung der Gelder und für die Abrechnung der Mittel zuständig ist, auch ständig darum bemüht, die zweckgerichtete Verwendung der Haushaltsmittel zu überprüfen, so dass man hier davon ausgehen muss, dass es schon eine Kontrolle über die Ausgabe dieser öffentlichen Mittel gibt. Die Evaluation muss sich aber auf die wissenschaftlichen Ergebnisse oder auf die kulturellen Ergebnisse dieser Einrichtungen beziehen, und da sollen sich alle dieser Überprüfung unterziehen. Und ich habe gar keine Sorge, dass die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, für die ich hier letztendlich auch entscheidend sprechen kann, bei einer Überprüfung auch zu einem guten Ergebnis kommen wird.

Vorsitzende: Frau Hriberski, dürfte ich der Zeit wegen Sie jetzt an dieser Stelle unterbrechen, sonst überziehen wir. Wir haben um Viertel nach fünf die nächste Sitzung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir jetzt nicht in alle Ausführlichkeit gehen. Wir würden den zeitlichen Rahmen sprengen, und die nächste Sitzung könnte nicht mehr stattfinden. Sie muss aber stattfinden, weil es da um den Haushalt geht. Und der Haushalt ist wiederum wichtig für diese Fragen, die wir heute behandeln. Insofern als nächstes der Herr Staatsminister.

StMin Dr. Naumann: Danke, Frau Vorsitzende. Ich möchte eigentlich nur schnell zwei Fragen oder zweieinhalb Fragen beantworten. Die eine betrifft das Zitat aus dem Papier von Prof. Schlögel, dessen Argumentation ich im übrigen - abgesehen von seinem Schock - voll und ganz teile. Wir müssten eigentlich eine inhaltliche Debatte führen und auch eine Evaluationsdebatte. Dazu gleich.

Dass Herr Schlögel schockiert war über das Papier, kann ich insofern nachvollziehen, als jeder Experte schockiert ist, wenn er ein Expertenpapier liest über ein Gebiet, über das er jahrelang arbeitet, an dem er nicht beteiligt war und das Gefühl hat, ausgelassen zu sein. Das kann ich nachvollziehen. Ich muss hier allerdings sagen, soweit es um die Öffentlichkeit dieses Entwurfes geht, dass dieses Konzeptpapier seit dem 25. Juni offen ist. Es ist Teil des öffentlichen Diskurses. Und insofern beharre ich darauf, dies ist nicht der Versuch, die betroffenen Vertriebenenverbände oder irgendwelche anderen Institutionen zu überwältigen. Sondern es ist auch - das darf ich dann doch mit einem, wenn Sie so wollen, Stolz für die bei uns arbeitenden Beamten sagen -, Ausfluss des ja durchaus vorhandenen Expertenwissens in unserem Haus. Es ist ja nicht so, dass Michael Naumann sich hingeworfen hat und gesagt hat, jetzt braten wir denen mal was über. Sondern hier sind einfach Experten auch im Haus, die jahrelang mit diesen Verbänden zusammenarbeiten, die jahrelang auch Korrekturbedürfnisse festgestellt und Korrekturerhebungen gemacht haben und im übrigen auch oft genug ergebnislos - wie die Entwicklung der Haushalte ja zeigt - vorgetragen haben, zu Wort gekommen. Auf die Frage von Herr Koschyk möchte ich gleich noch sagen, dass die hier versammelten Experten mitsamt ihren Vorschlägen, die ich ja auch schriftlich kenne, gewissermaßen jetzt nicht für nichts gearbeitet haben, sondern selbstverständlich werden wir versuchen, sie mit aufzunehmen in die Fortschreibung unserer diesbezüglichen Politik.

Was nun die Frage der Landsmannschaften betrifft. Also Tatsache ist, die Landsmannschaften gab es, als dieser Paragraph innerhalb des Vertriebenengesetzes verabschiedet worden ist. Und der damalige Gesetzgeber wusste etwas, was heute vergessen ist. Aber Sie wissen es noch, Herr Koschyk. Es gab das Westvermögenwandlungsgesetz. Und dieses ist eine in der Öffentlichkeit unbekannte Geldquelle, die ich hier gerne noch einmal öffentlich darstelle. Aus den Spareinlagen von Sparkassen und Kreditinstituten in den ehemaligen deutschen Gebieten im

Osten ist eine Summe im Verhältnis von 1 zu 10 im Zuge der Währungsreform aufgelaufen in Höhe von damals von 51 Millionen DM insgesamt. Diese Gelder sind verteilt worden mit dem spezifischen Auftrag, 80 % dieser Gelder in Stiftungen für kulturrelevante Ausgaben in den ehemaligen deutschen Gebieten aufzuwenden, so dass das jährliche Zinsaufkommen, was im übrigen eigentlich dazu da wäre, die Kulturreferenten der Landsmannschaften zu finanzieren, sich jährlich auf ungefähr 1 Million DM beläuft. Und das ist eine, wie ich finde, sehr sparsame, allerdings auch gesetzlich vorgegebene Nutzung eines Kreditvermögens, was aufgrund, ich nehme an, des deutschen Stiftungsrechts nicht gewachsen ist, aber eigentlich hätte wesentlich massiver wachsen können. Auch das wollen wir ja mit dem neuen Stiftungsrecht verändern. Also auch dort wird neues Stiftungskapital nach dem neuen Stiftungsrecht, was es Ihnen erlaubt, Rücklagen zu bilden und mit dem Gelde etwas schärfer zu kalkulieren als bisher, aufwachsen, so dass der Zugriff auf die Kulturreferenten der Landsmannschaften nicht völlig unberechtigt ist.

Schließlich sagten Sie, und damit möchte ich eigentlich fast aufhören, dass ja auch andere Verbände im Bund Gelder bekommen, die Interessenvertretungen darstellen. Da muss ich sagen, der allergrößte mir bekannte Interessenvertreter in Deutschland ist der DGB. Der betreibt auch Kulturarbeit und kriegt meines Wissens vom Bund dafür keinen Pfennig.

Und schließlich und zuletzt danke ich Frau Steinbach, dass sie diesen Begriff, den ich in einer Pressekonferenz benutzt habe, allerdings im Kontext der entprivatisierten Kultur, aufgegriffen hat. Entprivatisiert heißt ganz einfach herausgezogen aus dem buchstäblich selbstreferentiellen Schmoren im eigenen Saft, Öffnung der Kulturarbeit zu genau der hier mehrfach auf allen Seiten beschworenen Scientific Community. Das ist genau die Frage, die jetzt in der Tat einer größeren Evaluation unterliegen müsste. Aber ich bin der Meinung, soweit wir das tun, können wir das selber machen, und wir haben es bereits gemacht. Wir haben eine fast halbjährige Studie der Museen, die durch uns gefördert werden, vorgenommen und sind dort zum Teil zu einem sehr positiven, zum Teil aber auch zu sehr deprimierenden Ergebnissen gekommen. Genau nach den von Herrn Abgeordneten Kubatschka gestellten Kriterien, nämlich Besucherfrequenz, Wissenschaftlichkeit, Öffnung zu anderen Museen, ergeben sich sehr unterschiedliche Qualitäten, die sich jahrein,

jahraus korrigieren ließen, wenn man nur wollte. Und unser Vorschlag ist der Versuch, genau diese Korrekturen in Gang zu setzen. Das betrifft das Museum in Ratingen/Hösel mit der von mir erwähnten Besucherzahl, die wahrscheinlich etwas höher liegt, wenn Sie davon ausgehen, dass diese, sagen wir, 2600 Besucher wahrscheinlich doppelt kommen und dann kommen Sie auf 4000 oder 5000 Besucher. Aber das ist ungefähr die durchschnittliche Besucherzahl des von uns ebenfalls geförderten Museum "Casa di Goethe" in Rom an einem Tag. Also, dies sind die Antworten. Noch einmal: Entprivatisierte Kultur soll nicht heißen verstaatlichte Kultur, sondern soll heißen Öffnung der internen Kulturarbeit zur Scientific Community.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Naumann. Als nächstes - auch in der gebotenen Kürze - Herr Klarer.

Herr Klarer (Deutsche Jugend in Europa): Zwei Fragen, zwei Antworten. Die eine Frage war nach der Förderung von Jugendkulturarbeit nach § 96 BVFG. Ich kann sagen, dass die Deutsche Jugend in Europa als der größte Träger in diesem Bereich, regulär 70, 80 Maßnahmen pro Haushaltsjahr in den 70er, 80er und 90er Jahren durchgeführt hat. Dass es in diesem Jahre fünf sind, das ist auch ein Prozess, der auch schon letztes Jahr begonnen hat. Das heißt, wir erreichen ganz einfach viel weniger jugendliche Teilnehmer als früher mit der unmittelbaren Ursache einer zurückgehenden Förderung. Dito im selben Bereich wurde der einzige Jugendkulturreferent, der also quasi als Träger unabhängig bei uns verortet war, ab Januar nicht weiter gefördert. Das heißt, es gibt gegenwärtig keinen Kulturreferenten, der für Jugend zuständig ist. Das sind die Fakten.

Zu Frau Dr. Vollmer ganz kurz. Es ist nun keineswegs so, dass ein Verein wie unserer in den 80er oder 90er Jahren derart in Geld geschwommen wäre, dass er nicht gewusst hätte, wohin damit. Aber wir hatten immerhin eine relativ stabile Anzahl von Maßnahmen und konnten auch planungssicher Jugendliche mit diesem Thema erreichen. Das ist gegenwärtig nicht so.

Vielleicht noch eine kleine Ergänzung: Es ist gegenwärtig einfach auch völlig unklar, welche Förderziele mit welchen Mitteln verfolgt werden, das heißt aus meiner Sicht ist in diesem Haushaltsjahr einfach der Fall gegeben, dass die Ziele der Förderung

oder die Deutung der Ziele der Förderung konkret bei Anträgen und Ablehnung eigentlich eher der Astrologie gleichen. Das ist meiner Ansicht nach ein Zustand, den man eventuell bei einer Regierungsübernahme eine gewisse Zeit lang dulden kann, der aber aus meiner Sicht für das nächste Haushaltsjahr zumindest in keiner Weise erfreulich wäre.

Vorsitzende: Vielen Dank. Als nächstes Prof. Dr. Kramer.

Herr Prof. Dr. Kramer (Museum für Völkerkunde, Frankfurt/Main): Zwei Fragen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Eine bezog sich auf die Sprache. Das Goethe-Institut macht pädagogische Verbindungsarbeit und pflegt die mit seinen Institutionen so zu organisieren, dass es bilateral organisiert ist, das heißt sie sucht sich Partner in den entsprechenden Ländern. Das scheint mir der interessanteste Weg zu sein, um mit den Sprachen im Wettbewerb mit anderen Sprachen im Ausland präsent sein zu können, denn die pädagogische Verbindungsarbeit fördert nicht den unmittelbaren Sprachunterricht, sondern diejenigen, die Sprachunterricht erteilen. Und nach diesem Modell läuft derzeit ein bedeutender Teil der Spracharbeit in den mittel- und osteuropäischen und ehemaligen GUS-Staaten. Die Auslandsschulen vom Bundesverwaltungsamt sind erheblich teurer, was den Output anbetrifft. Die Diskussion darüber wird an entsprechender Stelle stattfinden, denke ich.

Die zweite Frage, von zwei Abgeordneten gestellt, bezog sich auf die Evaluation. Da denke ich, aufgrund der Erfahrungen, die wir in der Verwaltungsreform gesammelt haben, die wir auch in der kulturpolitischen Gesellschaft gesammelt haben, ist ein sehr, sehr komplizierter, freilich nicht unlösbarer Prozess, wo ich zwei Wege sehe. Ein Weg wäre, nicht inhaltsbezogen zu evaluieren, auch das müsste sich auf mehreren Ebenen abspielen. Besucher kann beim Museum nur eine von mehreren Ebenen sein. Eine andere Ebene wären die Sammlungen, die ja schließlich auch dazu gehören. In beiden Fällen ist entweder Zahlenfetischismus oder Opportunismus die Verführung. Ein Museum wirbt nicht nur durch seine Sammlung und seine Besucher, sondern auch durch die Außenresonanz. Bei dieser Außenresonanz muss man die Präsenz der Wissenschaftler im wissenschaftlichen Diskussionsprozess - Publikationen und Vorträge usw. – sowie die Publikationen über die Institution messen oder zählen und sie dann entsprechend auch gewichten. Das wäre eine

Möglichkeit. Die Möglichkeit b) inhaltsbezogen - und die würde ich eigentlich immer vorziehen - ist auszugehen von der der Institution zugeschriebenen Aufgabe. Leitbild nennen wir das in unserem Museum in Frankfurt, wo wir das derzeit diskutieren. Und dann müsste man eine Inhaltsanalyse der Resonanz auch mit einbeziehen. Also etwa eine Inhaltsanalyse der Presseresonanz neben anderen einschlägigen Kriterien. Allein Besucherzahlen oder Nutzerzahlen reichen also keineswegs aus.

Vorsitzende: Vielen Dank, Prof. Dr. Kramer. Was mich noch interessieren würde - wenn Sie das noch mal später etwas zusammenfassen könnten, vielleicht in einem Papier - ist die Entstehung neuer Privilegien und damit wieder Hass und anderer Dinge, die Sie erwähnt haben, also neue Vorurteilsbildung. Das wäre ein interessanter Aspekt, dass wir den noch mit in unsere Dokumentation nehmen. Vielen Dank, als nächstes Prof. Schlögel, bitte.

Herr Prof. Dr. Schlögel (Viadrina Frankfurt/Oder): Ich muss zunächst sagen, dass mir im Laufe der Erörterung eine Sache klar geworden ist, die wahrscheinlich Ihnen allen schon längst klar war. Nämlich, dass wir hier ein Gespräch über die Verwendung von öffentlichen Geldern führen und in gewisser Weise sozusagen ein Thema vom Rande oder wohin es geraten ist zurückholen in die Öffentlichkeit. Ich bin eigentlich sehr glücklich über diese Einsicht, die vielleicht nur meine ist.

Zu den Fragen. Die Frage, die vielleicht am schwierigsten ist, weil sie auf Konsequenzen abzielt. Ich bin glücklich, dass ich nicht sozusagen in der Entscheidungssituation bin oder sein muss. Man könnte zu diesen Kriterien einer Bewertung, einer Bestandsaufnahme oder Evaluierung doch folgendes sagen. Ich kann es jetzt nicht systematisch, aber einige Dinge fallen mir schon ein. Nämlich, dass ganz offensichtlich ist, dass gewisse Parallelismen oder sogar Dualismen, Trialismen usw. bestehen. Das geht einfach nicht. Und die Leute müssen sich einigen, was sie für wichtig halten und wofür was sie das Geld ausgeben wollen. Ich kriege ja ungefähr mit, was produziert wird. Es geschehen zum Teil empörende Dinge. Dass eine Konferenz zum Thema A einige Monate später wiederholt wird, und zwar einfach unter dem Gesichtspunkt, weil noch Geld ausgegeben werden muss. So etwas gibt es. Das ist einfach eine Tatsache.

Zweitens: Man kann sehr wohl entscheiden, ob etwas taugt oder ob es einfach sozusagen Routineproduktion ist, auf die auch ohne Einbuße verzichtet werden kann. Also, um ein positives Beispiel zu nennen. Ich bin persönlich der Meinung, dass die Zeitschrift des Nordost-Archivs eine ganz bedeutende, auch international bedeutende Zeitschrift ist, deren Verschwinden ich mir überhaupt nicht vorstellen kann. Darüber lasse ich gar nicht mit mir reden. Aber es gibt Broschüren, wo man den Eindruck hat, dass sie in gewisser Weise verlegen, was auf dem Markt überhaupt keine Chance hätte. Wo man den Eindruck hat, es werden hier öffentliche Gelder benutzt, um in gewisser Weise in unendlicher Variation immer dasselbe, immer neu herauszugeben. Was natürlich für die Länge der Veröffentlichungsliste gut tut, aber was völlig unerheblich ist für die Arbeit. So etwas gibt es auch.

Drittens: Grenzüberschreitende Arbeit. Das ist selbstverständlich. Aber inzwischen ist das überhaupt nichts besonderes mehr. Es reicht nicht aus, grenzüberschreitende Arbeit zu machen, sondern es muss gesagt werden, was passiert da. Grenzüberschreitende Arbeit kann heute eine avancierte Form des Wissenschaftstourismus sein. Und das greift in Ländern, die reich sind, wie die Bundesrepublik, sehr um sich. Es gibt Konferenzen, auf die nicht verzichtet werden kann. Kurzum, man muss hier ganz strenge Kriterien, wie sie allgemein üblich sind, anlegen. Grenzüberschreitende Arbeit an sich ist überhaupt kein Kriterium. Die Frage ist, was kommt dabei heraus.

Es ist einfach so, dass ein Bereich, der in einem reichen Land herangewachsen ist in den sieben fetten Jahren, der entwickelt seine eigenen Gesetze der erweiterten Reproduktion. Er ist ungeheuer gefräßig. Das ist ein allgemeines Gesetz. Wenn nicht höhere Gewalt oder sozusagen die Selbsthemmung der Leute, die darin sind, in Kraft tritt, dann geht das immer weiter. Es haben sich einfach Zustände herausgebildet, die - wie soll man sagen -, die in diesen Papieren von '85 und '94 so bezeichnet worden sind, die etwas mit Ghetto, die etwas - ich sage es etwas gröber - einfach mit Mief zu tun haben. Es ist bürokratischer, institutioneller, intellektueller Mief. Und man kann den sozusagen nur mit den ganz bewährten Mitteln zu Leibe rücken, indem öffentlich ausgeschrieben wird, indem klar wird, was da ist. Indem man erfährt, welche Stipendien es gibt, welche Mittel es gibt, so dass alle, die etwas dazu zu sagen haben, mitmachen können. Und das beste kommt durch, hoffentlich. Also, es geht um die schlichte Ingangsetzung der Mechanismen des öffentlichen Wettbewerbs.

Das ist einfach nicht der Fall. Darüber muss man sich Rechenschaft ablegen. Es ist nicht der Fall, was eigentlich die Regel sein sollte. Es sind also kurzum die Phänomene einer reichen Kultur in ihrer Spätzeit. Und das ist zu Ende. Deswegen müssen wir einen anderen Umgang damit finden.

Die zweite Frage zur Viadrina bzw. zu den Erfahrung in den neuen Ländern, wo es solche Institutionen und Museen und so weiter bisher nicht gegeben hat, ist relativ einfach zu beantworten. Wichtig wäre, wenn respektiert wird, dass es eine ganz eigene Erfahrung in der SBZ und der DDR mit dem Vertreibungskomplex gegeben hat. Wir sind überhaupt erst am Anfang, diese Erfahrungen zu verarbeiten. Es geht ganz eigene Wege, es ist keine nachholende gewesen, sondern es ist eine eigene. Und dahinter zu kommen, das erfordert eigene Forschung. Es reicht nicht aus, sozusagen die Flüchtlings- und Integrationserfahrung Westdeutschlands oder der drei Westzonen zu übernehmen. Das ist eine ganz eigene Arbeit, und die muss einfach gemacht werden. Die Frage ist, ob das gehört wird und ob man auch die Mittel dafür bekommt. Wenn man darüber spricht, ist es eine natürliche Provokation der so real existierenden Besitzstände, weil die Verteilung einfach so ist, wie sie sich historisch ergeben hat. Das ist einfach so. Wenn man heute für etwas anderes etwas fordert, muss man das irgendwo wegnehmen. Das heißt, es gibt Auseinandersetzungen.

Drittens und letztens: Ich glaube, dass wir diese Frage gar nicht sozusagen nur ansprechen können, dass das sehr wichtig ist für die nächste Runde. Ich glaube, dass es in der Tat eine Auseinanderentwicklung dieser Milieus und Erfahrungswelten gegeben hat, die ihre eigene Geschichte hat, die man erklären kann. Das ist - wie soll ich sagen - ein Verschärfung der allgemeinen Generationsdifferenz, die etwas mit der deutschen Geschichte, mit der Teilung des Landes usw. zu tun hat. Man kann das nicht ungeschehen machen, sondern man kann es nur zur Sprache bringen und vielleicht darauf hinarbeiten, dass diese Kulturen, die starke Züge der Rechthaberei, der Besserwisserei, des Nichtzuhörens, des Abkanzeln eines anderen an sich haben - und zwar auf beiden Seiten -, dass es irgendwie damit zu Ende geht. Und der entscheidende Faktor, glaube ich, ist, dass wir einfach neue Erfahrungen machen. Diese neuen Erfahrungen sind dieses andere Europa. Und ich glaube, dass es nicht erst mit der Vertreibung in Jugoslawien eingesetzt hat, sondern nach '89 wurde Europa sich inne - und auch die Westdeutschen, die sozusagen nur zum

Transatlantik hin gelebt haben -, dass es noch etwas anderes gibt. Und das setzt Prozesse in Gang. Die Deutschen, die jungen Deutschen vor allem haben verstanden, dass es noch etwas anderes gibt. Sie sind im Begriffe, das zu erkunden. Und wer sich in diesen Regionen bewegt, der macht einfach seine Entdeckungen. Das bleibt ja gar nicht aus. Der entdeckt, dass es ein jüdisches Mitteleuropa gegeben hat, dass es ein deutsches Mitteleuropa gegeben hat, ein unendlich komplexes Mitteleuropa, von dem aber sozusagen auf eine neue Weise gesprochen werden muss. Aber das ist kein Problem der Vertriebenenkultur. Sie wäre hoffnungslos damit überfordert. Es geht um die Reformulierung dessen, was dieses Europa ist und welche Bedeutung diese - ich sage es mal - deutschen Anteile darin gehabt haben. Das wäre eine unendlich aufregende Diskussion. Und wenn man dafür auch sozusagen die Mittel bekommen könnte, dann wären sie gut angelegt. Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank, Prof. Schlögel. Ich freue mich schon auf das Protokoll, das ich dann Wort für Wort lesen werde. Es waren sehr viele wertvolle Anregungen. Als nächstes würde ich gerne Prof. Ortowski und dann Herrn Schäpe als unsere Gäste aus Polen das Wort erteilen. Vor allen Dingen auch unter dem Gesichtspunkt, dass ja Evaluierung auch fragen kann nach der Reduzierung der Vorurteile, die wiederum auch messbar sind, wenn Sie zum Beispiel an die Presse in Ihrem Land denken. Die aber natürlich auch an dem Grad der bilateralen Beziehungen gemessen werden kann. Vielleicht noch zwei Aspekte in dieser Richtung.

Herr Prof. Dr. Ortowski (Universität Posen): Ich wollte mich ganz kurz fassen, weil das Wichtigste, was ich eigentlich sagen wollte zu den Fragen von Herrn Koschyk, aber auch von Herrn Kubatschka, schon von einigen hier so ausformuliert worden ist. Aber dennoch: Diese vielleicht unglückliche Formulierung, keine Kulturreferenten, sondern Programmierer oder Programmisten. Das geht natürlich zurück auf meine Erfahrungen im Rahmen des Sozialismus. Kulturreferenten, Planstellen und so weiter und so fort. Mir geht es darum, dass, wenn es neue Planstellen geben sollte, dann sollen es innovative Leute sein, die einfach nicht nur mit Aktenordnern umgehen und herumlaufen und sich geschäftig zeigen in ihrem Habitus. Sondern die sozusagen auch eine Werkstatt, Werkstätten durchführen, also irgendwo in einer Kulturlandschaft und auch einfach mit Speichermedien umgehen. Prof. Schlögel sprach von diesen exzellenten Sachen, die in Marburg und woanders liegen. Aber die liegen da

ja nur für ein paar Dutzend Forscher. Die sind ja nicht zugänglich. Ich komme noch einmal auf die „Klammeraffen-Generation“ zurück. Das ist unsere Zukunft. Wir sind fast alle älter - mache etwas jünger, einige älter als ich. Aber diese Generation wird das aufbauen, was zwischen uns passieren wird, wenn wir Pensionisten oder Pensionäre sind. Also sozusagen innovative Leute. Und da bin ich gleich bei dem zweiten und wichtigeren Problem der Evaluierung bzw. bei der Frage, wie soll es weitergehen. Wenn es so gut ist, sagten Sie, Herr Koschyk, das habe ich so zwischen den Zeilen herausgelesen. Ja, warum jammern Sie dann und wollen hier Maßstäbe und Standards setzen? Es ist gut, aber es nicht gut genug. Aber es wird weiter nicht so gehen können. Das Problem, meine ich, ist in der Tat, es kann keine solche Zwei- bzw. Dreiteilung in der Forschung, aber auch in der Kulturarbeit geben. Es gibt Standards, nach denen alles bemessen wird. Ich spreche jetzt von der akademischen Landschaft und auch von meinen deutschen Kollegen, die ja auch in Polen arbeiten. Wenn das Deutsche Historische Institut arbeitet, die haben nur ganz wenige Planstellen, ansonsten sind es projektorientierte, befristete Aufträge. Und wehe, wehe, wenn jemand damit dann nicht fertig wird. So muss es auch hier gehen. Die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Warschau, die viele Gelder hier und dort vergeben hat - und ich gebe auch eine Buchreihe in Polen mit Prof. Klettner heraus -, die fordert sozusagen - vielleicht nicht Monat für Monat, aber: "Haben Sie diesen Band herausgebracht, haben Sie das gemacht?" und so weiter und so fort. Effizienzleistung, meine ich da. Und da bin ich bei dieser Frage, die Prof. Schlögel angesprochen hat, in seiner ersten Aussprache. Nämlich: Ja, es gibt ja so viele Kontakte und Möglichkeiten, die überhaupt nicht in diesem Papier auftauchen. Ja, ich könnte ähnliche Arbeitsgruppen in Polen nennen, aber auch in Deutschland. Die Ostsee-Akademie, die einmalige Arbeit leistet im Zusammenhang nicht nur mit Polen, sondern auch mit Kaliningrad, mit der Ukraine, mit Weißrussland und nicht zuletzt mit dem Konzept "Borussia?", mit dem ich zusammenarbeite in Orschyn/Allenstein. Da arbeiten Litauer, Weißrussen, Polen, Ukrainer, die es ja viele gibt dort in dieser Wojewodschaft. Da bin ich zum Beispiel wiederum bei dem Konzept Kulturreferent. Die machen zum Beispiel Werkstätten. Da kommen junge Leute aus Deutschland, aus Polen, aus der Ukraine zusammen und arbeiten auf einem Friedhof, auf einem verfallenen Friedhof mit Gräbern, mit Inschriften, mit deutschen und weiß Gott welchen. Das stelle ich mir vor als Aufträge. Die kommen aber an diese Gelder, von denen wir hier sprechen, nicht heran, weil sie nicht unter

einen gewissen Paragraphen fallen. Also hier würde ich auch sagen, vielleicht ist es schwer durchzukommen, aber ich meine, das ist Evaluierung. In dieser Richtung sollte es gehen. Über Projekte, befristete, mit möglichst wenig Planstellen, wenn dann koordinierend.

Vorsitzende: Vielen Dank. Nur ein Aspekt, es gibt natürlich auch - und das ist ein bisschen zu kurz gekommen - die Alltagskultur und es gibt die breite Öffentlichkeit. Das ist ein Aspekt, der über die Scientific Society hinausgeht. Also dieser Aspekt ist auch mit zu betrachten und sollte vielleicht demnächst noch etwas ausführlicher behandelt werden. Als nächstes jetzt Herr Schäpe.

Herr Schäpe (Deutsch-polnisches Haus Gliwice): Nur ein Punkt. Ein Satz zur Evaluierung. Evaluierung oder die Aufstellung von Kriterien für Evaluierung ist ja nur dann möglich, wenn die Ziele vorgegeben sind. Und die müssten zunächst mal definiert werden, also dann auch in der richtigen Reihenfolge. Zur politischen Arbeit des BDV statt Kulturarbeit - also der Einwurf von Frau Dr. Vollmer. Ich habe in Polen keine Kontrollfunktion gegenüber den Institutionen, die da tätig sind. Das ist nicht meine Aufgabe. Nur eines muss ich sagen: Die Arbeit des BDV richtet sich vor allem an die Deutschen, die da leben. Diejenigen, die mit ihnen zusammenarbeiten, müssen sich bewusst sein, dass diese Deutschen eine deutsche Identität konsolidiert haben vor 1945 und in der Zwischenzeit - 40 Jahre lang - keine Zeit hatten, an der demokratischen Entwicklung zum Beispiel der Bundesrepublik Deutschland teilzuhaben. Das heißt, diese Menschen haben eine deutsche Identität vor 1945 und sind für bestimmte Parolen ganz besonders empfänglich. Da muss man wirklich vorsichtig sein. In diesem Zusammenhang, wenn man versucht andere Bevölkerungsgruppen, andere gesellschaftliche Gruppen in diesen Regionen mit einzubinden, dann ist die Kultur auch ein wichtiges Thema. Dann muss man aber auch regionalpolitische Aspekte ansprechen in dieser Region. Das heißt, ich denke, es ist nicht so einfach, nur mit dem bundesdeutschen oder mit dem deutschen Know-how irgendwo hinzugehen und zu sagen, das reicht völlig aus, um hier erfolgreich tätig zu werden im Sinne von gesellschaftlichem Dialog unter Einbeziehung deutscher Elemente, polnischer Elemente oder welche auch immer. Das bedarf viel Erfahrung, vieler Kenntnisse. Die sind natürlich auch zum Teil vorhanden. Aber ich möchte noch mal darauf aufmerksam machen, das ist ein ganz schwieriges Feld.

Dann noch ein Satz zur Forschung. Mir liegt der Schwerpunkt noch zu sehr auf Forschung. Natürlich, Professoren sind immer Experten, und sie schaffen sich dann ihre Arbeit selbst. Ich halte Öffentlichkeitsarbeit in diesen Regionen und Bildungsarbeit, um wirklich auch an die Menschen heranzukommen, für ganz besonders wichtig. Natürlich ist ein wissenschaftlicher Konsens, wie auch immer, wichtig und Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit, die dann eine Stufe darunter geführt wird. Ohne diese Arbeit geht es nicht.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Schäpe. Als letztes Herr Dr. Becher.

Herr Dr. Becher (Adalbert-Stifter-Verein): Ja, als letzter, damit Sie pünktlich weitermachen können. Ich versuche auch auf einige der Fragen zumindest Antworten zu finden.

Wenn ich mich richtig erinnere, stammten die ersten Fragen von Herrn Koschyk. Und er hat als erstes auch die Frage an mich gerichtet, nach welchen Kriterien man so eine Bestandsaufnahme durchführen könnte. Nun ich meine, dass in dieser Konzeption durchaus schon Kriterien genannt worden sind, die man zur Überprüfung heranziehen könnte. Wir müssen natürlich immer ein bisschen unterscheiden, über welche Einrichtung wir tatsächlich reden. Meinen wir jetzt tatsächlich die Kultureinrichtungen innerhalb des Vertriebenenbereiches, oder haben Sie mehr sozusagen die Landsmannschaften im Visier und die Kulturreferenten, die im Rahmen der Landsmannschaften das betreiben, was man die sog. Breitenarbeit nennt. Das sind, glaube ich, doch zwei verschiedene Stiefel. Und ich habe manchmal den Eindruck, dass das hier im Gespräch immer ein wenig vermischt wird und dass man sozusagen das eine immer beim anderen bemisst, was nicht so ganz richtig ist. Ich rede also von der Tätigkeit in den Kulturinstituten oder in den überregionalen Museen, wo wirklich auch wissenschaftliche Tätigkeit durchgeführt wird. Und wenn man die überprüfen will, dann muss man selbstverständlich alle die Standards heranziehen, die insgesamt in der sog. Science Community eine Rolle spielen, und die sind hier bereits genannt worden. Dabei halte ich es auch für ganz richtig, dass man sich fragt, inwieweit das, was von diesen Instituten gefördert wird, nun auch tatsächlich in der allgemeinen wissenschaftlichen Gesellschaft wahrgenommen wird oder ob es sozu-

sagen nur in dem eigenen Kreis bleibt, der dann dem Vorwurf des Selbstreferentiellen ausgesetzt ist und der vielleicht nur mit einem wissenschaftlichen Etikett hausieren geht, obwohl tatsächlich eine solche Tätigkeit gar nicht stattfindet. Ich weiß nicht, für wen hier Salut geschossen wird, aber vielleicht ist es ja sogar diese Ausschusssrunde hier. In dem Zusammenhang denke ich, dass es schon auch richtig ist, danach zu fragen, ob Tätigkeiten, die aus diesen Instituten hervorgegangen sind, in Publikationsorganen wissenschaftlicher Art veröffentlicht worden sind, die nicht selber wiederum diesen Institutionen gehören, Aber ich kann diese Zweiteilung - entweder wissenschaftliche Publikationen auf der einen Seite und Publikationen der Vertriebenen auf der anderen Seite - nicht ganz nachvollziehen, weil ja auch aus diesen Institutionen heraus Fachpublikationen entstanden sind, die im internationalen Wissenschaftsbereich hohe Anerkennung genießen. Ich darf zum Beispiel hinweisen auf die Bohemia-Zeitschrift des Kollegium Carolinum, das zwar hier nicht zum Gegenstand gehört, weil es nicht vom Bund als Institution gefördert wird, aber es wird von Bayern als Institution gefördert. Und in dieser Fachzeitschrift publizieren eigentlich alle Persönlichkeiten im wissenschaftlichen Bereich, die sich mit der Bohemistik auseinandersetzen. Also, ich denke, man sollte nicht unbedingt diesen Gegensatz so fassen, wie Sie ihn angesprochen haben, sondern man sollte vielleicht auch umgekehrt fragen, ist es vielleicht so, dass ausgewiesene Wissenschaftler, die über ein bestimmtes Gebiet schreiben und publizieren, auch in Publikationen veröffentlichen, die von solchen Einrichtungen organisiert werden. Also so viel zu der Überprüfung. Und ich glaube, dass es sicher möglich wäre, dass man ausgewiesene Fachkräfte findet, die dann auch versuchen, einen Konsens herzustellen über das, was in diesen Bereichen geleistet wird.

Der zweite Punkt, der auch von Ihnen, aber auch von Frau Dr. Vollmer angesprochen worden ist, war die Frage, inwieweit dieses neue Interesse - sei es an der Frage der Vertriebenen oder an der Frage dieser mitteleuropäischen Regionen - eigentlich an der Tätigkeit der Vertriebenen-Einrichtungen vorbeigeht. Wie weit sich da also sozusagen zwei Ebenen etabliert haben, zwischen denen gar keine Rückkoppelung stattfindet. Ich habe auch den Eindruck, dass das teilweise der Fall ist, denke aber, dass man das nicht so pauschal stehen lassen kann, sondern dass man hier doch verschiedene Ebenen dieses neuen Interesses unterscheiden sollte. Man muss einfach auch, denke ich, hier noch mal berücksichtigen, dass sich hier wirklich in den 90er

Jahren ein ganz großes Netzwerk entwickelt hat, in dem viele dieser Vertriebenen-einrichtungen integriert worden sind, ohne aber dass sie an jedem Projekt beteiligt werden und dass sie bei jeder Angelegenheit angesprochen würden. Also etwa die Arbeit, welche die Goethe-Institute jetzt leisten, die in den mitteleuropäischen Metropolen neu gegründet worden sind. Die wird natürlich nicht ununterbrochen rückgekoppelt auf die Arbeit, die diese Institute aus dem Vertriebenenbereich leisten. Aber es wird immer wieder rückgekoppelt, und es gibt sehr viele Formen der Zusammenarbeit, ohne dass man jetzt sozusagen das eine gegen das andere ausspielen könnte. Es gibt auch gerade im euroregionalen Bereich, also dem Bereich, wo man auf die euroregionale Zusammenarbeit heruntergeht, ausgesprochen viele Formen der Kooperation, die zum Beispiel so aussehen, dass Gruppen oder Personen, die bislang sich nicht mit diesem Gebiet befasst haben, auch zu den Einrichtungen der Vertriebenen kommen und sagen, ihr seid doch auch Fachleute für dieses Gebiet, könnt ihr uns da nicht Hinweise geben, wen könnte man zum Beispiel von - jetzt in unserem Fall - tschechischen Persönlichkeiten oder Einrichtungen ansprechen, um hier eine gemeinsame Arbeit zu leisten. Ich sehe das ganze als einen Prozess. Ich sehe es als einen Prozess der Öffnung und der Einbindung. Ein Prozess, der den Einrichtungen der Vertriebenen, wie ich meine zu Recht, abverlangt, sich noch viel weiter zu öffnen als das bislang geschehen ist. Ich sehe es aber auch als einen Prozess an, wo alte Vorurteile von anderer Seite abgelegt werden und wo man dann letztendlich wirklich fragt, ist hier eine Qualität vorhanden, die allen dient, auf der man aufbauen kann, oder ist hier doch etwas vorhanden, was dann eher in den Bereich der Blumen- und Bienenzüchtervereine abgeschoben werden sollte. Ich glaube, hier findet allmählich so etwas wie eine Konsensbildung statt. Und ich habe ja die große Hoffnung, dass auch diese Diskussion hier mit dazu beiträgt. Jetzt gibt es noch viele weitere Punkte, aber ich glaube, ich kann sie einfach aus Zeitgründen nicht mehr mit ansprechen.

Vorsitzende: Vielleicht können wir auch hier so verfahren, wenn es Ihnen recht ist, dass Sie uns noch den einen oder anderen Punkt freundlicherweise schriftlich beantworten. Dann darf ich mich bedanken.

Formal gesehen, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die Konzeption des Staatsministers für die Kulturförderung nach § 96 Gegenstand

dieser Anhörung gewesen. Aber wir haben gesehen, dass es sehr viel vertiefendere Gespräche und Prozesse waren. Vieles wurde angerissen. Ich möchte hierzu sagen, dass wir eine Dokumentation erstellen, dass wir sowohl die Berichte in schriftlicher Form wie auch das Wortprotokoll zusammenfügen werden. Natürlich werden wir das den Experten zunächst geben, zum Absegnen sozusagen. Der Staatsminister hat bereits zugesagt, dass die Expertenmeinungen auch im Rahmen der Exekutive gehört werden. Wir können Ihnen auf jeden Fall zusagen, dass der Diskurs, den wir heute hier eingeleitet haben, und der dringend - wie wir gesehen haben - erforderlich war, mit der heutigen Anhörung nicht beendet sein wird. Das war der Beginn, und ich hoffe, dass wir den Diskurs fortsetzen werden. Auch bei den Zuhörern möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Und ich darf Herrn Dr. Hupka noch erwähnen. Es hat uns gefreut, ich nenne Sie stellvertretend für viele, die unserer Einladung gefolgt sind. Vielen Dank, meine Kolleginnen und Kollegen, und vor allen Dingen den Experten. Ich bedanke mich bei Herrn Dr. Becher, bei Frau Hriberski, bei Herrn Klarer, bei Herrn Prof. Kramer, Herrn Prof. Ortowski und bei Herrn Schäpe und last but not least bei Herrn Prof. Schlögel.

Ich schließe damit die 19. Sitzung und berufe die nächste, die 20. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien, nach einer Pause von zehn Minuten wieder in diesen Raum ein. Vielen Dank.

Dr. Elke Leonhard, MdB

- Vorsitzende -